

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. — Reichsmark vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Österreich, Litauen, Estland, Lettland 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Kopierzeile 10 Pfennig. Reklamzeile 5. — Reichsmark. „Reine Anzeigen“ das fettgedruckte Wort 15 Pfennig (außerdem zwei fettgedruckte Wörter). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenanzeige das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Werbemerkmal 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eintreffen. Gedruckt von 5 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonnabend, den 17. Oktober 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3  
Kontokonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 68; Distrikto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 3.

Der Sieg des Friedens.

Westpakt und Schiedsverträge vorläufig unterzeichnet. — Feierlicher Schlußpakt. Locarno illuminiert.

Das Vertragswerk von Locarno ist abgeschlossen. Deutschland, Frankreich und Belgien garantieren einander ihren gegenwärtigen Besitzstand an ihren gemeinsamen Grenzen. England und Italien übernehmen die Rolle der Garanten. Deutschland schließt mit Frankreich, Belgien, Polen und der Tschechoslowakei Schiedsverträge ab, die die Kriegsgefahr auf ein Mindestmaß herabdrücken, wenn nicht völlig ausschalten sollen. Deutschland tritt in den Völkerbund ein und erhält einen Sitz im Völkerbundsrat, seine besondere geographische und militärische Lage soll besonders berücksichtigt werden. Die Kölner Zone wird geräumt, nachdem über die restlichen Forderungen der Entwaffnung Deutschlands Einigung erzielt worden ist.

Dies der wesentliche Inhalt der Vereinbarungen. Einzelheiten werden erst erkennbar sein, wenn die Veröffentlichung erfolgt ist.

Was bedeutet Locarno? Vielleicht eins der größten weltgeschichtlichen Ereignisse. Vielleicht eine Zeitenwende. Sicher aber bedeutet es einen Teilsieg der sozialistischen Bewegung, einen Sieg des Prinzips.

Mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, mit dem Abschluß von Schiedsverträgen zur Sicherung des Friedens werden Forderungen erfüllt, die die deutsche Sozialdemokratie mit unermüdlichem Eifer vertreten hat. Nun ist es an ihr, darüber zu wachen, daß die Ausführung im rechten Geiste geschieht. Sie ist sich dessen gewiß, daß ihre sozialistischen Bruderparteien mit dem gleichen Eifer dafür wirken werden, daß das Friedenswerk nicht bloß ein Stück Papier bleibt, sondern daß es in den Willen der Völker aufgenommen und immer wirksamer, immer lebendiger wird.

Für die internationale sozialistische Arbeiterbewegung ist das jüngste weltpolitische Ereignis die stärkste moralische Ermutigung. Denn es ist ein Sieg über die Chauvinisten der ganzen Welt, über die veralteten machtpolitischen Ideen, über die Mentalität veralteter Militärs.

Vor sieben Jahren rettete die sozialdemokratische Arbeiterschaft Deutschland vor Untergang und Zerfall durch die Gründung der demokratischen Republik. Nach den Forderungen des Erfurter Programms wurde die deutsche Verfassung umgestaltet, das gleiche politische Recht aller Staatsbürger wurde zum Grundsatz erhoben. Damit war für den Wiederaufbau Deutschlands der feste Grund gelegt.

Zu diesem grundsätzlichen großen Erfolg auf dem Gebiete des inneren Staatslebens gesellte sich jetzt ein vielleicht nicht weniger bedeutsamer Erfolg auf dem Gebiet der auswärtigen Politik. Es ist die verfehlte Politik der Erfüllung, durch die der Unterschied zwischen Siegern und Besiegten verwischt, das ganze europäische System geändert, die Gleichberechtigung des deutschen Volkes wieder hergestellt ist.

Unrecht wäre es, in dieser Stunde derer zu vergessen, die in diesem schweren Kampfe als Bundesgenossen mit uns gegangen und für die gemeinsame Sache gefallen sind: Erzberger und Rathenau!

Das Vertragswerk erfüllt nicht alle unsere Hoffnungen. Die Befestigung der zweiten und der dritten Zone, die Trennung des Saargebiets vom Reich bleiben vorläufig weiter bestehen. Sie passen als letzte Reste des Kriegszustands schlecht in eine Zeit hinein, die wirklich dem Frieden gehören soll. Mögen sie bald verschwinden!

Aber auch im Innern ist das große Ringen, das den Verhandlungen von Locarno vorausging und sie begleitete, noch nicht abgeschlossen. Schon die Art der Berichterstattung aus dem Konferenzort war ein Zeichen für die Schärfe der Spannungen. Welchen Vorwürfen war der „Vorwärts“ ausgesetzt, weil er in seiner Berichterstattung, unbeirrt durch alle unvermeidlichen Zwischenfälle und tendenziöse Schwarzseherkünste, einen Optimismus bekundet hatte, der nun recht behalten hat!

Locarno war gestern abend illuminiert. Bei der

„größten Regierungspartei“ Deutschlands bleibt es dunkel. Sie hatte auf ein Scheitern der Konferenz gehofft, weil das für sie eine gewisse Erleichterung in ihrer schwierigen Lage bedeutet hätte. Der Erfolg der Regierung, die sie mitträgt und für die sie mitverantwortlich ist, vernichtet ihre Hoffnungen, stellt sie vor die peinlichste Entscheidung.

Die Zustimmung zu dem Vertragswerk bedeutet für die Deutschnationalen zweifellos einen Bruch mit ihren Grundsätzen und ungewollt eine völlige Zurücknahme aller Angriffe, die sie gegen die Linke wegen ihrer auswärtigen Politik erhoben hatte: eine Bekehrung zu dieser Politik.

Die Ablehnung bedeutet die Zertrümmerung der Rechtskoalition, der sie ihren maßgebenden Einfluß auf die Steuer- und Zollpolitik und verschiedene andere Annehmlichkeiten verdanken.

Nun gilt es für sie zu entscheiden. Aber wie immer sie entscheiden, von der Verantwortung für das Geschehene kommen sie nicht mehr los. Die Regierung, die das Vertragswerk abgeschlossen, den Verzicht auf Elsass-Lothringen ausgesprochen, den Eintritt in den Völkerbund beschlossen hat, war ihre Regierung. Der Sündenfall ist getan. Die „nationale Zuverlässigkeit“ ist dahin. Der Sieg der von der Sozialdemokratie geforderten Außenpolitik ist, unter Assistenz der Deutschnationalen, Tatsache geworden und unwiderruflich.

Das Vertragswerk von Locarno ist abgeschlossen worden, während die Deutschnationalen in der Regierung waren. Jetzt liegt sein Schicksal nicht mehr in ihrer Hand. Ablehnung wäre eine leere Geste. Ihre Flucht vor der formalen Verantwortung könnte an ihrer sachlichen Verantwortung nichts mehr ändern.

Was bedeutet Locarno? Den ewigen Frieden Deutschlands mit allen seinen Nachbarn? Vielleicht! Den Bankrott der nationalistischen Demagogie gewiß, also auf alle Fälle einen großen Fortschritt. Des wollen wir uns freuen!

Der letzte Akt.

V. Sch. Locarno, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die Konferenz von Locarno ist am heutigen Abend 7 1/4 Uhr glücklich beendet. Schnell überließ sich das Bild im Laufe des Nachmittags nach der neuen Unterredung Chamberlain-Briand-Stresemann. Die Wolken vom Donnerstag abend verschwanden, die Deutschen sahen von den neuen Forderungen ab, die Polen hatten auf ihre für Deutschland unannehmbaren Klauseln verzichtet, die die Arbeit der ganzen Konferenz in Frage zu stellen schienen. Kurz nach 2 Uhr, wenige Minuten nachdem Stresemann das Palace-Hotel verließ, verbreitete sich in den Kreisen der französischen und englischen Journalisten die Nachricht, daß die Unterzeichnung noch heute erfolgen würde. Nur in der deutschen Delegation versicherte man, die Lage sei stationär und es liege nichts Neues vor!

Um 4 Uhr trat die Vollkonferenz wieder zusammen. Jetzt endlich wurde auch deutscherseits bestätigt, daß die Unterzeichnung bevorstehe. Nach einer Stunde verließen die Delegierten jedoch wieder das Gebäude, allerdings nur auf kurze Zeit. Man erfuhr, daß die technische Ausfertigung der Dokumente noch eine kurze Verzögerung erfahren habe und daher eine zweite Sitzung auf 6 1/4 Uhr anberaumt werden mußte.

Die letzte Sitzung

Die Sitzung — als erste Sitzung seit Konferenzbeginn — nach Eintritt der Dunkelheit statt. So war der Justizpalast festlich beleuchtet und eine für Locarno ungeheure Menschenmenge umlagerte das Gebäude und die Zufahrtsstraßen. Nach etwa einstündiger größter Spannung hörte man, wie aus dem Konferenzsaal Händeklatschen ertönte. Die Menge antwortete darauf mit lautem Beifall. Die Fenster öffneten sich, die Delegierten zeigten sich an den Fenstern und wurden lebhaft begrüßt.

Ein Orkan der Begeisterung erbrauste, als Luther und Briand allein Schulter an Schulter im gleichen Fenster sich zeigten

und der Menge freundlich zuriefen. Alle Hüte wurden geschwenkt und der Jubel nahm erst ein Ende, als beide Minister sich wieder zurückzogen. Er brauste wieder besonders lebhaft auf, als Chamberlain und Vandervelde auf einige Augenblicke sich eben-

falls zeigten. Der belgische Jurist Rolin zeigte in der hocherborenen Reden das unterzeichnete Dokument. Wieder ertönte jubelnder Beifall.

Nun verließen die Delegierten das Gebäude. Chamberlain, dann Luther, Stresemann, Vandervelde wurden mit brausenden Rufen empfangen. Dann erfolgte ein allgemeiner Sturm der Journalisten nach den Hotels der Delegationen, wo man erst Einzelheiten über den Verlauf der letzten Sitzung erfuhr. Zunächst hatte die Unterzeichnung stattgefunden, aber besser gesagt, die Paraphierung der einzelnen Verträge. Diese Paraphierung bedeutet folgerichtig einstweilen nur die Bindung der einzelnen Minister, nicht der gesamten Regierungen.

Ministerreden nach der Paraphierung.

V. Sch. Locarno, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der feierlichen Schlußsitzung wurden sieben Dokumente unterzeichnet, und zwar der Pakt, bestehend aus 10 Artikeln, von allen, die Schiedsverträge von den jeweils zuständigen Ministern. Schiedsverträge sind abgeschlossen zwischen Deutschland und Frankreich, Deutschland und Belgien, Deutschland und der Tschechoslowakei sowie Deutschland und Polen. Außerdem wurden zwei Erklärungen Frankreichs an Polen und die Tschechoslowakei von den beteiligten Staaten unterschrieben. Als die Unterzeichnung vollendet war, zeigten sich Briand und Dr. Luther demonstrativ aus eigener Initiative, unter dem Beifall der harrenden Bevölkerung, Schalter an Schulter an einem Fenster des Justizpalastes.

Der Unterzeichnung folgte zunächst

eine Rede Dr. Stresemanns,

in der er die Schwierigkeiten schilderte, die überwunden werden mußten, um den Verhandlungen in der öffentlichen Meinung Deutschlands einen Resonanzboden zu verschaffen. Er sprach die Hoffnung aus, daß sich die Alliierten ständig der Haltung der deutschen Delegation erinnern werden und daß die Konferenz den Beginn einer neuen Ära bedeuten möge.

Briand führte aus: Als Vertreter Frankreichs lege ich Wert darauf, mit vollem Herzen mich den Gefühlen anzuschließen, die der Delegierte Deutschlands dargelegt hat, und ich würde ein Unrecht an dem Geist der Gerechtigkeit begehen, wenn ich nicht in dieser Stunde an die noble Geste erinnern würde, die am Anfang dieser Konferenz stand. Ich vergesse nicht das Memorandum, das am 9. Februar die Regierung des Deutschen Reiches auf die Initiative des Herrn Stresemann an die französische Regierung richtete. Dies Memorandum war der Ausgangspunkt unserer Bemühungen, und es ist das Resultat dieser Geste, der ich heute huldigen will und das wir heute erreicht haben.

Ich habe soeben die Verträge, Konventionen und Abkommen paraphiert, die in Locarno ausgearbeitet worden sind. Damit ist mein Mandat erfüllt. Insofern rede ich jetzt in meinem persönlichen Namen, aber mit der Gewißheit, die Gefühle nicht allein meiner Regierung, sondern auch der großen Mehrheit meiner Landsleute wiederzugeben. Wenn wir hier nur die Satzungen eines Vertrages verhandelt hätten und wenn wir danach jeder in unser Land zurückkehren würden, um es glücklichen Zufällen zu überlassen, daß die Verpflichtungen erfüllt werden, die er enthält, würden wir nur eine leere Geste getan haben. Wenn diese Geste nicht einem neuen Geist entspricht, wenn sie nicht den Anfang einer Ära von Vertrauen und Zusammenarbeit bedeutet, dann wird sie nicht die großen Wirkungen hervorrufen, die wir erwarten.

Es muß aus Locarno ein neues Europa erstehen.

Herr Luther und Herr Stresemann, mit denen ich außerhalb dieser Konferenz offizielle Unterhaltungen gehabt habe, in denen wir uns ganz offen auseinandergesetzt haben, haben mir gesagt, mit welchen Hoffnungen Deutschland das Werk betrachtet, das sich hier vollzog. Und ich habe ihnen mit absoluter Logik geantwortet. Zwischen unseren beiden Ländern bleiben die Nebungsflächen und schmerzliche Punkte. Der hier unterschriebene Pakt muß ein Balsam auf diese Wunden sein. Die noch bestehenden Schwierigkeiten müssen beseitigt werden.

Mit einer Discretion, für die ich ihm Dank schulde, hat Herr Stresemann auf gewisse Gegenden Ihres Landes angespielt, an denen Sie nicht Recht haben, sich zu desinteressieren. Auch ich habe nicht das Recht, mich für diese Gegenden zu desinteressieren. Ich bin sicher, daß ganz Frankreich die Tragweite dieses Paktes begreifen wird und bestrebt sein wird, alles zu tun, was in seiner Macht liegt, damit zwischen uns ein Gefühl der Beruhigung und der Entspannung entsteht.

Die Männer, die hier Frankreich vertreten, werden sich anlegen sein lassen, sobald sie es möglich machen können, alles zu tun, damit die Bedingungen erfüllt werden, die

zwischen unseren beiden Ländern eine tiefgehende Entspannungs- politik gestalten

werden, die in der Folge auch eine Politik verständnisvoller Zusammenarbeit sein wird.

Wenn das getan ist, wenn die Fragen, die noch zu lösen sind, geregelt sein werden, werden wir gemeinsam auf allen Gebieten daran arbeiten können, das Ideal eines Europa zu vollenden, das sein Schicksal erfüllt, es allen denen die Treue hält, die seine Vergangenheit und Zivilisation und ihren Eddelmut verkörpern. In diesem Geiste sind wir, die einen wie die anderen, hierher gekommen. Ich hoffe, daß unsere beiden Länder bald die Segnungen dieser Politik empfinden werden und daß keine lange Frist vorübergehen wird, bevor wir die glücklichen Wirkungen des Vertrages registrieren können, den wir soeben paraphiert haben.

#### Auch Chamberlain

dankte den deutschen Delegierten in bewegten Worten und erklärte, nach den Reden Stresemanns und Briands so gerührt zu sein, daß er im Augenblick nicht imstande sei, eigene Erklärungen abzugeben.

#### Dann folgte Vandervoelde.

Er schloß sich den Ausführungen Briands vollständig an und betonte, wie sehr er und sein Land die mutige Haltung der deutschen Delegierten zu schätzen wußten. Er fügte bei dieser Gelegenheit hinzu, daß er der einzige Minister im Saale sei, der den Vertrag von Versailles unterschrieben habe. Er habe seine Unterschrift damals geleistet nach bester Überzeugung, weil der Vertrag seinem Lande wieder die Freiheit und Unabhängigkeit sicherte. Aber er habe immer vor Augen die Erinnerung an die Tatsache, daß Männer und Frauen, die das gleiche soziale Ideal haben wie er, diesen Vertrag auf der Gegenseite unterzeichnet haben unter dem Zwang der Notwendigkeit. Wenn er sich jetzt vergegenwärtigt, wie heute in einer allgemeinen Urbestimmung dieser Sicherheitspakt von beiden Seiten unterschrieben werde, dann sei er überzeugt, daß man auf dem richtigen Wege sei. Dieser Pakt bedeute für niemand Opfer, bringe aber allen Vorteile. Dieses Ergebnis sei dem gemeinsamen guten Willen der Männer zu verdanken, die hier zusammengetroffen sind, zu verdanken dem juristischen Wissen Scialojas, dem von Friedensgünstigen geleiteten Willen Briands, der logalen Voraussetzungen des guten Engländer und großen Europäers Chamberlains und der mutigen Festigkeit, mit der Luther und Stresemann die wirklichen und dauernden Interessen ihres Landes verteidigt hätten gegen diejenigen, die nur an die Vergangenheit denken, anstatt in die Zukunft zu blicken. Vor allem aber sei das erzielte Ergebnis zu verdanken der übermächtigen Kraft des Friedensbedürfnisses, das allen Völkern innewohnt und das alle Staatsmänner zu dieser Konferenz gebracht hat. Stresemann habe die Hoffnung ausgesprochen, daß jetzt eine neue Friedensära eintrete; er schloß sich mit vollem Herzen dieser Hoffnung an und sei überzeugt, daß die Zeit bald nahe sei, wo die moralische Abrüstung auf Grund der Verträge von Locarno den wahren Frieden sichern werde.

Schließlich sprach Mussolini ein paar Worte, um ebenfalls zu erklären, daß das Werk von Locarno den Beginn eines neuen Zeitalters bedeute.

Als die Delegierten den Justizpalast verließen, wurden sie von der Menge jubelnd begrüßt. Die Operationen setzten sich bis zu dem Quartier der französischen und englischen Delegation fort. Während der ganzen feierlichen Schlußfeier erlangten sämtliche Kläden von Locarno und Umgebung Frieden war ihr Geläute! Den ganzen Abend ist die Stadt illuminiert.

#### Seinfahrt der deutschen Abordnung.

Locarno, 16. Oktober. Nach einer Meldung des Sonderberichterstatters des WTB wird die deutsche Delegation am Sonntagabend nachmittags mittels Sonderzuges Locarno verlassen.

## Der Schuster Kuley.

Von Hans Bauer.

Es geht vorwärts in Deutschland. Die Demokratisierung des öffentlichen Lebens macht unerkennbare Fortschritte. Beispielsweise die Justiz! Früher, zu Wilhelms Zeiten, mußte man schon dem exklusiven Korps Borussia oder gar der nächsten Umgebung des Kaisers angehören, um eine gewisse Gewähr gegen den brutalen Zugriff der Justiz zu haben. Heute ist das besser geworden. Heute vermag sich auch der gemeine Mann das Privileg einer begrenzten Straffreiheit zu verschaffen. Hochwohlgeborenheit und Zugehörigkeit zur Finanzaristokratie sind nicht mehr unentbehrliche Voraussetzungen für die Sonderbehandlung vor Gericht. Es genügt heutzutage schon die Mitgliedschaft beim Stahlhelm. Immer noch gibt es unerbittliche Republikaner, die eben nicht in die Welt passen, in der Deutschland über alles geht und die es verschmähen, die fabelhaften Chancen auszunutzen, die sich bieten. Aber daneben tauchen doch auch immer häufiger fixe Jungs auf, die sich schnell auf die herrschende Inflation des richterlichen Gerechtigkeitsgeföhls einzustellen verstanden und die behende in den vor Gericht allein geltenden Sachwert der nationalen Bestimmung geklärt sind. Kürzlich erst war zu lesen, daß einer der in Grevesmühlen Angeklagten noch rechtzeitig das republikanische Schiff verlassen und sich den Wölfischen angeschlossen hatte. Der Erfolg trat auf der Stelle ein! Sein Verfahren wurde von dem seiner früheren Kameraden abgetrennt. Und jetzt ist auf der Tagung der Reichsbannerführer von dem Magdeburger Schuster Kuley die Rede gewesen, von dem vor Gericht festgestellt worden war, daß er vom Roten Frontkämpferbund zum Stahlhelm hinübergewechselt ist, weil er nicht einlah, warum er der Vergünstigungen entzogen sollte, deren er dadurch bei den Richtern teilhaftig wurde.

Der Schuster Kuley hat es wahrlich gut gemeint. Sein Herz schlägt warm für das rote Vaterland, aber so hat er sich gesagt, was kann ich mir dafür schon in deutschen Gerichtssälen kaufen! Er sah sich seine innere Überzeugung einmal recht gründlich an und fand, daß sie sich bei vorsichtiger Behandlung wohl reparieren lasse. Vor Gericht hat dann der Begner Kuleys, ein deutsch-nationaler Postkassierer, den Richter darauf hingewiesen, daß es mit dem Beklagten nicht in Ordnung sei. Dieses Schlußwort sei in Wahrheit gar kein Stahlhelmsmann. Er täusche diese Bestimmung nur vor, um sich vor Gericht Vorteile zu verschaffen, die ihm gar nicht zukämen.

Wäre der Richter von jener Rigorosität gewesen, die man deutschen Richtern fälschlicherweise oft nachsagt, so hätte er den Kuley eigentlich gehörig ins Gebel nehmen müssen und vielleicht hätte sich auch ein Staatsanwalt gefunden, der gegen ihn wegen seines betrügerischen Versuches, sich eine unberechtigte Vergünstigung zu ver-

## Der amtliche Schlußbericht.

Locarno, 16. Oktober. (WTB.) Das zwischen den Delegationen verabschiedete Kommuniqué besagt:

In der letzten Vollziehung der Konferenz, die am Nachmittag des 16. Oktober stattfand, wurde zunächst der Text der Schiedsvertragsentwürfe zwischen Deutschland und Polen bzw. der Tschechoslowakei angenommen. Abdann wurde der Text des Schlußprotokolls über die Arbeiten der Konferenz von Locarno erörtert und angenommen. Im Schlußprotokoll werden die Ziele und Ergebnisse der Konferenz festgestellt sowie die Maßnahmen, die sich für die Stabilisierung des Friedens und der Sicherheit in Europa ergeben sollen.

Die von der Konferenz ausgearbeiteten Verträge und Konventionen, die mit der Klausel „ne varietur“ (unabänderlich. Red. d. „Vorm.“) in Locarno paraphiert sind und das Datum des heutigen Tages tragen werden, lauten wie folgt:

1. Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien;
2. Schiedskonvention zwischen Deutschland und Belgien;
3. Schiedskonvention zwischen Deutschland und Frankreich;
4. Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Polen;
5. Schiedsvertrag zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei.

Der französische Minister des Auswärtigen machte der Konferenz sodann Mitteilung über die Vereinbarung von Abmachungen zwischen Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei mit dem Ziele, sich die Vorteile der obengenannten Schiedsverträge zu sichern; diese Abmachungen sollen beim Völkerverbund niedergelegt werden. Abschriften sehen jetzt schon zur Verfügung der bei der Konferenz vertretenen Mächte.

Für die förmliche Unterzeichnung der in Locarno vereinbarten und paraphierten Verträge ist der 2. Dezember 1925 bestimmt. Die Unterzeichnung wird in London stattfinden.

#### Der Sonderberichterstatter des WTB meldet:

Die Schlußfeier der Konferenz von Locarno begann um 6,30 Uhr und dauerte nahezu eine Stunde. Um 7,28 Uhr verließ die Schlußfeier des durch die geschlossenen Fenster des Konferenzsaales bis auf die Straßen hörbar war, die Beendigung des feierlichen Aktes. Das zahlreiche Publikum und die Vertreter der Weltpresse nahmen den Applaus auf, Raketen wurden abgefeuert und nach wenigen Minuten öffneten sich die Fenster des im ersten Stockwerk belegenen Konferenzsaales, an denen gruppenweise Briand und Luther, Chamberlain und verschiedene Delegationsmitglieder erschienen, um verstärktem Beifall begrüßt. Schließlich zeigte der belgische Jurist Kollin dem Publikum das soeben paraphierte Schriftstück. Zuerst verließ die polnische Delegation das Haus. Es folgten Vandervoelde, Briand und unter lautem Cooch Russkollin. Als nach einer kleinen Pause die deutsche Delegation entließten Hauptes auf der Treppe erschienen, klagte der Jubel der Menge auf seinen Gipfel, um schließlich Chamberlain, der von seiner Gattin abgeholt wurde, die letzten Dimensionen zu bringen. Der Vertrag von Locarno, wie die amtliche Bezeichnung der sieben paraphierten Dokumente lautet, ist damit abgeschlossen und die Delegationen dürften sämtlich morgen, Sonnabend, die gastliche Stadt, deren öffentliche und private Gebäude entlang dem Seeufer den ganzen heuligen Abend festlich illuminiert bleiben, verlassen.

## Was sagt die deutsche Regierung?

### Die Bedeutung der Verträge und ihre Behandlung.

Aus Locarno meldet WTB: Die Arbeiten der Ministerkonferenz in Locarno sind heute dadurch zum Abschluß gebracht worden, daß die Delegierten der beteiligten Länder, die während der Zusammenkunft ausgearbeiteten Vertragsentwürfe paraphiert (d. h. mit den Anfangsbuchstaben ihrer Namen gezeichnet) haben. Es handelt sich zunächst um den

#### Westpakt,

also den Pakt zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien, England und Italien, durch den unter der Garantie jedes einzelnen dieser

Staaten jeder Angriffskrieg zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien, sowie jede gewaltsame Verletzung der Grenzen zwischen diesen Ländern ausgeschlossen wird. Außerdem sind die Entwürfe zu

#### vier Schiedsgerichtsverträgen

zwischen Deutschland einerseits und Frankreich, Belgien, Polen und der Tschechoslowakei andererseits paraphiert worden. Diese Schiedsgerichtsverträge sehen für Rechtsstreitigkeiten ein Verfahren mit bindendem Richterpruch, dagegen für Interessentensäfte ein Schlichtungsverfahren ohne endgültige Bindung vor. Endlich ist ein Entwurf für eine Erklärung der Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens aufgestellt worden, durch die dem Artikel 16 der Völkerverbundung

eine der bekanntesten deutschen Auffassung entsprechende Auslegung gegeben wird. Die Paraphierung der verschiedenen Entwürfe bedeutet einmal die persönliche Zustimmung der Delegierten zu dem Inhalt der Instrumente, die insoweit nicht abgeändert, sondern nur angenommen oder abgelehnt werden können. Die endgültige Entscheidung über die Annahme der Entwürfe liegt hiernach, soweit Deutschland in Betracht kommt, zunächst bei der Reichsregierung und alsdann bei dem Reichsrat und dem Reichstag.

Die Veröffentlichung der Texte wird Dienstagfrüh erfolgen. Die Ministerpräsidenten der Länder sind auf Mittwoch zusammenberufen.

Dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags ist die Einladung des Ausschusses zwecks Entgegennahme des Berichts der deutschen Delegation auf nächsten Donnerstag anheimgegeben worden.

### Reichskanzler Dr. Luther

gab zu diesen sachlichen Mitteilungen dem WTB-Berichterstatter folgende Erklärungen:

Der Westpakt mit den Schiedsgerichtsverträgen bedeutet eine Verwirklichung des Grundgedankens des deutschen Memorandums vom 9. Februar d. J. und zwar entsprechend den Ausführungen der deutschen Note vom 20. Juli. Er enthält somit jene Neugestaltung der europäischen Staatenbeziehungen, die wir zur Herbeiführung eines wirklichen Friedens in Europa und im Interesse Deutschlands erstreben. Die Bekanntgabe der einzelnen Vertragsentwürfe wird manche in der Öffentlichkeit jetzt aufgetauchte Zweifel ausräumen. Die von England, Frankreich, Italien und Belgien gegebene Auslegung des Art. 16 entspricht dem deutschen Standpunkt, wie er ebenfalls in der Note vom 20. Juli niedergelegt war. Was die rheinischen Fragen betrifft, so bilden die Erklärungen des französischen, des englischen und des belgischen Außenministers in der Schlußfeier und ihre sonstige Stellungnahme in den ausführlichen Besprechungen, die wir mit ihnen über die Rheinfragen gehabt haben, eine feste Grundlage für die zu erwartende Gestaltung dieser Probleme in der nächsten Zeit. Vor den deutschen Reichsstellen liegt die wichtige Aufgabe, auf dieser Grundlage weiter zu arbeiten. Bevor Reichsrat und Reichstag ihre endgültige Entscheidung über Verträge und Völkerverbundung einbringen, muß sichergestellt und deutlich geworden sein, daß der allgemeine Geist eines echten Friedens sich auch vor allem in den Rheinfragen wirklich in die Tat umsetzt. Daß die tatsächliche Entwicklung sich so vollzieht, dafür tragen die beiden Delegierten vor dem deutschen Volke die Verantwortung.

### Sondertagung des Völkerverbundes.

Locarno, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht unseres Sonderkorrespondenten). Die für Anfang Dezember in Madrid geplante Sitzung des Völkerverbundes ist auf März kommenden Jahres verschoben worden. Statt dessen findet eine Tagung in Genf statt, auf deren Tagesordnung lediglich der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund stehen wird.

Paris, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht). Nach Blättermeldungen aus Locarno soll dort am Donnerstag u. a. vereinbart worden sein, daß der Völkerverbund bereits am 7. Dezember zusammenzutreten soll, um über das deutsche Ausnahmegesetz zu entscheiden. Der Eintritt soll dann in der Woche darauf in einer für den 15. Dezember einzuberufenden außerordentlichen Vollversammlung des Bundes formell erfolgen.

schaffen, eingeschritten wäre. Nun, der Magdeburger Richter hat das durchsichtige Mandat Kuleys noch einmal durchgehen lassen. Immerhin ist durch diesen Vorfall ein Problem akut geworden, das dringend der Klärung bedarf. Wie nämlich, so muß die Frage lauten, ist vor Gericht das wirkliche Stahlhelmsmitglied vom angeblichen zu unterscheiden? Wohin kämen wir und welche Rechtsunsicherheit für das monarchistisch empfindende Deutschland bedeutete es, wenn jeder beliebige Republikaner oder Kommunist nur dem Stahlhelm beizutreten brauchte, um einen Freibrief zu haben. Es wird Aufgabe der nationalen Verbände sein, Listen über zuverlässige und seit mindestens drei Jahren in der Organisation tätige Mitglieder anzufertigen, an die sich der Verdacht des Konjunktur-Nationalismus nicht heranwagen kann. Diese Listen müßten den Gerichten in periodischen Abständen eingereicht werden.

Astronomie im Gefängnis. Wie stark die Sternkunde selbst die Gemüter der Sträflinge in ihren Bann zieht, zeigt ein Bericht von Renate Grösin zu Dobna an den „Bund der Sternfreunde“, der in der Zeitschrift dieses Vereins „Die Sterne“ wiedergegeben wird. Die Dame hielt im Gefängnis zu Böckly einen Vortrag mit solchem Erfolg, daß sie um einen weiteren Vortrag für die 600 Insassen des Justizhauses gebeten wurde. „Man hatte mir große Angst gemacht“, schreibt sie, „denn vor 14 Tagen hat ein Ingenieur mit Lichtbildern im Gefängnis geredet, der zweimal aufhören mußte, weil sich die Leute so wüßig benahmen. Heute waren die 205 Plätze der „Kirche“ gepreßt voll. Außerdem standen noch viele Mauern. Im ganzen waren etwa 300 Sträflinge da, hauptsächlich Männer. Es ist eben doch etwas Besonderes um die Sterne, es war so still und sie haben mit solcher Hingabe zugehört, daß man hätte eine Redel fallen hören können.“ Der Beifallsturm am Schluß war geradezu beweglich.

Die Wiener Theaternot. Die Theaternot scheint in Wien in diesem Winter geradezu katastrophal zu werden. Noch hat die Saison kaum begonnen und schon triffet es an allen Ecken und Enden. Vor kurzem ist bereits die Große Volkoper in Konturs geraten. Bald darauf hörte man, daß für die beiden Wiener Stadttheater, die Oper und das Burgtheater ein kapitalstärkter Pächter gesucht wurde, weil der Staat das Defizit unmöglich tragen könnte. Jetzt kommt die Nachricht, daß das „Moderne Theater“ in Wien unter den Hammer geraten sei. Augenblicklich verhandelt man mit Max Reinhardt, um ihm dieses Unternehmen zu überlassen.

Die Bekämpfung des Analphabetentums in Sowjetrußland. Die besondere Kommission, die den Kampf gegen das Analphabetentum leitet, hat festgestellt, daß sich in Moskau auch heute noch 124.883 Personen befinden, die des Lesens und Schreibens unfähig sind. In Petersburg ist man bereits viel weiter gekommen. Von den 26.000 Analphabeten der Stadt sind in den letzten Monaten 9000 so weit gebracht worden, daß sie das Lesen und Schreiben wenigstens notdürftig beherrschen. Immerhin wurden in der Fabrik Krasnyj Treugolnik unter den 15.000 Arbeitern 900 Analphabeten registriert. Am 15. Oktober werden in Petersburg 165 Lehrstuben

neu eröffnet werden, wo Schriftkundige unterrichtet werden sollen. Auch sind „Stichtrupps“ von Studenten und Studentinnen gebildet worden, welche auf Wunsch im Hause Unterricht im Lesen und Schreiben erteilen. Die große Zahl von Analphabeten in Moskau hat starkes Bestreben erregt, es soll auch in dieser Hauptstadt des Sowjetbundes nunmehr der Schriftkundeeinsatz energisch durchgeführt werden.

Die Rückkehr von Mitterchen Wodka. Die russische Zeitung „Pravda“ kann nicht genug Worte finden, um die Freude zu schildern, die die Aufhebung des Alkoholverbots in ganz Rußland ausgelöst hat. Tatsächlich ist die russische Bevölkerung in der Vorfreude des lang ersehnten Schnapsgenusses ganz außer Rand und Band, und es fehlt nicht an solchen, die verlangen, daß der 1. Oktober zu Ehren der Rückkehr des Mitterchens Wodka zum Nationalfeiertag erklärt werde. Wie man weiß, bildete das Spiritusmonopol unter der zaristischen Regierung eine reich stehende fiskalische Einnahmequelle in Rußland, die den dritten Teil der gesamten Staatseinnahmen lieferte. Die Sowjetregierung scheint der Hoffnung zu leben, daß auch heute diese Steuerquelle, die so lange ungenützt war, wieder reichlich fließen wird.

Die Städtische Oper tritt mit: Die verabschiedeten Abonnementplätze sind zum größten Teil bezogen. An den Wochenenden können nur noch wenige Plätze im Orchester und 1. Rang abgerufen werden. Für die Sonntage stehen noch eine Anzahl Parkett-Plätze zur Verfügung.

Fedwig-Wangel-Mastsee. Am Sonntag, 11. Uhr nachmittags, spricht Fedwig Wangel zugunsten ihrer Hedwig-Wangel-Häse in den Richard-Diöw-Platz, Karstr. 168, im Rahmen einer Matinee. U. a. wird auch der Eumatra-Rum „Das Land der 1000 Freuden“ gezeigt.

Die Deutsch-Schwedische St. Biengemeinschaft ladet auf Sonntag, den 19. Oktober 1925, abends 6 Uhr, im großen Saal des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht zu einer Begegnung mit folgender Tages-einzelung ein: Stud. Rat Dr. Hans Werloff, früherer Leiter an der Universität Lund; Bildhauerportrat: „Schwedische Bildnisse“. — Einrichtung des schwedischen Kurien. Aussprache über den weiteren Ausbau der St. Biengemeinschaft.

Mag. Salve-Ausstellung. Zum 60. Geburtstag Mag. Salve hat der Münchener Theatermuseum eine besondere Höhe-Ausstellung veranstaltet, die alle Dramenentwürfe und Manuskripte, deutsche und fremdsprachliche Ausgaben seiner Werke, den Bühnenstil Salves mit Theaterbildern und Schriftstücken, Porträts und Autogrammen des Dichters umfaßt.

Die 8. Tagung der deutschen Tropenmedizinischen Gesellschaft begann Mittwoch im Hamburger Tropeninstitut. Die diesjährige Zusammenkunft der 1907 auf dem 15. Internationalen Konvent für Hygiene und Demographie in Hamburg gegründeten Gesellschaft, deren Mitgliederzahl jetzt über 200 beläuft, erhält eine erhöhte Bedeutung durch das Jubiläum des Hamburger Tropeninstituts.

Gemeinliches Belegbuchgezeugenrat. Eine Meldung aus Teb Kolmen im nordamerikanischen Staatc Verna besagt, daß als Folge des neuen Reformenbestrebungs-Bereichs 100.000 Büchern dieses Staates die Möglichkeit und das Recht zur Ehe abgebrochen worden sind.

55 neue Theater in Amerika. Im Laufe des letzten Jahres wurden in den Vereinigten Staaten 55 Theater für Theaterneubauten abgebrochen. Die Baukosten sind auf annähernd 26 Millionen Dollar veranschlagt worden.

## Die erste Regierung, die zustimmt.

Die französische.

Paris, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In dem Ministerium am Freitag morgen unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik hat Poincaré die aus Locarno eingetroffenen Dokumente vorgelesen. Der Ministerrat hat einstimmig den Sicherheitspakt genehmigt und den Ministerpräsidenten gebeten, Briand die Glückwünsche der Regierung telegraphisch zu übermitteln. Nach Schluß der Sitzung erklärte Poincaré, die Verlesung des Textes des Sicherheitspaktes, der das Statut über das Gebiet, das in der Geschichte am häufigsten von Blut überschwemmt worden sei, der internationalen Moral anvertraue, habe einen starken Eindruck auf die Minister gemacht.

### Tas Kapitel Mussolini.

Locarno, 16. Oktober. (Drahtber. unseres Sonderkorrespond.) Wenn einst die Geschichte der Konferenz von Locarno geschrieben wird, darf das Kapitel Mussolini nicht fehlen. Der Ehrgeiz hat diesen geborenen Komödianten nach Locarno getrieben, blamiert und geschädigt und von dannen. In Freitag vormittag hatte er den „Blut“ aufgebracht, unter Bewachung eines Dutzend Gendarmen und von mehr als zwanzig Schwarzhändeln seiner Leibgarde aus Rom begleitet, den am Vortage verümmelten diplomatischen Gepflogenheiten nachzukommen. Was wollte er machen? Luther und Stresemann hatten von seiner Ankunft offiziell keine Kenntnis genommen und es abgelehnt, in der Residenz des Reichspräsidenten einen Höflichkeitbesuch zu machen. Also mußte er sich selbst in das Hotel Esplanade begeben, wo er eine halbe Stunde verblieb, um sich dann zu einem Gegenbesuch bei Chamberlain und Briand anzumelden. Das mußte man sehen. Seine Begleiter machten ihn der lauernden Menge unsichtbar, sobald er dem Auto entstieg und geleiteten ihn bis vor die Türe der Minister, die sie förmlich belagerten... Im Gotteswillen, dem Komödianten könnte etwas geschehen!

Genosse Vanderveelde hatte am Donnerstag dem „höflich“ erbetenen Besuch in der Residenz Mussolinis nicht entsprochen und blieb infolgedessen am Freitag von einem Gegenbesuch verschont. Größer war noch die Wüste für Mussolini bei einem Empfang der Journalisten. Es ist schwer, die erhabene und eingebildete Art zu schildern, mit der Mussolini die Treppe zum Empfangsraum für die Presse hinabstieg. Hier zeigte sich der Komödiant, wieder estoriert von seiner Leibgarde. Er wollte groß erscheinen und erwiderte doch nur den Eindruck eines bemitleidenswerten Spießbüblers, der sich in seiner eigenen Haut nicht wohlfühlt. Dann folgte der Höhepunkt! Die sozialistischen Sonderkorrespondenten sowie die Vertreter der großen Agenturen Reuters und Havas, der größte Teil der amerikanischen und französischen Presse, überhaupt 50 Proz. aller anwesenden Journalisten übten dem Presseempfang aus Protest gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit in Italien fern. Die restlichen 50 Proz. kamen zum größten Teil aus Neuland. Das Ende vom Liede war, daß Herr Mussolini nichts zu sagen hatte, so daß die großen Agenturen übereinstimmend die häßliche Meldung verbreiteten: „Der italienische Ministerpräsident hat beim Empfang der Presse nichts anderes gesagt als es der italienische Delegierte Scialoja schon vor vier Tagen getan hat.“ Wasta!

## Die Mißvergnügten.

Berichterstattung bei Scherl.

Die Scherl-Presse, die jetzt Hugenberg-Presse heißt, kann der Weltgeschichte voraussehen oder ihr nachhinken, wobei stets der Wunsch der Vater des Gedankens ist. In den verhängnisvollen Augusttagen von 1914 meldete das berühmte Extrakt des „Total-Anzeigers“ die Mobilmachung einen Tag früher als sie befohlen war. Diesmal ist es anders.

Zu gleicher Zeit, da in Locarno unter dem Glodengeist aller Kirchen die feierliche Unterzeichnung der Verträge stattfand, veröffentlichte das Berliner Scherl-Magazin, die Nachausgabe des Hugenbergischen „Tag“, in Fettdruck folgende geistreiche Rundgebung:

Die Vertikation der Westmächte geht deutlich darauf hinaus, die deutsche Delegation durch eine besonders optimistische Darstellung der Lage zu einem Abschluß der Verhandlungen am Sonnabend zu zwingen, ohne daß die politischen Forderungen erfüllt sind. Sollten die Westmächte bei dieser Taktik verharrten, so wird nach Auffassung sehr maßgebender Berliner politischen Kreise die Konferenz von Locarno eben ohne Unterzeichnung auch unter dem Westpakt enden müssen. Die Konferenz würde damit gescheitert sein und man würde sich in sehr maßgebenden Kreisen nicht scheuen, dafür die Verantwortung zu übernehmen, zumal den Führern der Delegationen der Westmächte die politischen Forderungen Deutschlands in vollem Umfange seit längerer Zeit bekannt sind und bisher auch allgemein unvorstellbare Zugaben schon gemacht worden sind.

Diese angeblich maßgebenden Berliner politischen Kreise, die hinterher irgendeine „Verantwortung“ zu übernehmen sich „nicht scheuen“ wollen, werden nicht schlecht erstouni gewesen sein, als sie fast gleichzeitig mit der Lektüre dieser stolzen Ankündigung die Nachricht erhielten, daß in Locarno schon alles fertig und fertig sei!

Die Berichterstattung von Scherl-Hugenberg aber haben es sehr eilig, in den Krieg hineinzukommen, der Frieden dagegen kommt ihnen immer zu früh!

## Das Tafelgeschirr des Kronprinzen.

Eine bezeichnende Antwort.

Der „Norman“ hat seinerzeit über die Schicksale des Kronprinzlichen Tafelgeschirrs berichtet. Anlässlich der Hochzeit des ehemaligen Kronprinzen hatten 40 preussische Städte ein Tafelgeschirr von hohem künstlerischen Werte anfertigen lassen. Die Herstellung hatte sich verzögert, und während des Krieges kam es nicht zur Auslieferung. Nach seiner Rückkehr aus Holland hat der notleidende Kronprinz die Aushändigung verlangt.

Daraufhin hat sich das Schenkungsausschüsse der in Frage kommenden preussischen Städte, in dem Oberbürgermeister und Stadtdirektorenvereiner vertreten sind, neu konstituiert und neulich beschlossen, eine Kommission aus drei Oberbürgermeistern nach Dels zu entsenden. Diese Kommission, an deren Spitze der Stettiner Oberbürgermeister Dr. Uckermann steht, sollte mit dem Kronprinzen eine die Interessen der Öffentlichkeit befriedigende Regelung vereinbaren. Jetzt hört man, daß der Vertreter des Kronprinzen der Kommission mitgeteilt hat, daß der Schlossherr von Dels nicht in der Lage sei, die Kommission zu empfangen! Der Kronprinz habe außerdem vom deutschen Volke sowie Land und Meer geerntet, daß er in diesem Falle auf seinem Rechte bestehen müsse!

Nun ist das Recht in diesem Falle ausnahmsweise mal gar nicht auf Seiten des jungen Mannes von Dels. Aber der Herr charakterisiert sich doch selber glänzend dadurch, daß er es überhaupt ablehnt, die Oberbürgermeister zu empfangen. Hoffentlich bekommt er von dem Schenkungsausschüsse der preussischen Großstädte die einzige richtige Antwort, daß man sich jetzt endlich dazu entschließt, dem Verlangen der Öffentlichkeit Rechnung zu tragen, die unter seinen Umständen dulden wird, daß diese Schenkung unter den heutigen veränderten Umständen aufrecht erhalten wird. Sie war damals, vor Jahren, als ein Geschenk an den Kronprinzen des Reiches gedacht; der heutige Privatmann hat gar kein Recht darauf, Millionenbesitzer seines undankbaren Volkes zu sein.

# Gegen die Republikfeinde.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold versammelte sich gestern abend auf dem Gendarmenmarkt zum Protest, um in würdiger Rundgebung gegen die lange Reihe an Republikanern legangener und ungeführter Justizmorde sowie gegen die Parodie vor dem Hohenzollern-Delegierten von Armin zu demonstrieren. Was sagt das? War diese Rundgebung eine jener parolenüberfüllten Theaterveranstaltungen, wie sie die Rechtsparteien zu jeder passenden und unpassenden Gelegenheit veranstalten? Dieckmannschen-Tressur vor einer Höhe, ein Krakeel nach Wilhelm-Muster ohne jeglichen Sinn und Zweck? Nein, diese Rundgebung des republikanischen Berlin war eine Abwehraktion, eine stammende Mahnung an jene Dunkelkammer, die nun seit Jahren schon fast tagtäglich mit einem System unerhörtester Provokationen den republikanischen Massen ins Gesicht schlagen. Vorab über Paraden, Mißbrauch staatlicher Institutionen, des republikanischen Reichsdecret; unverhüllte hochherrliche Propagierung des Regiments der Gewalt. Der Freispruch des Frontanführers Rehnig, das Grevesmühlener Blut- und Fehurteil: Zwei Etappen auf dem langen Verwirrungsweg, den unsere politische Justiz gegangen ist. Diesem System der Unmoral und der Provokation galt die mächtige Demonstration am gestrigen Abend.

### Der Aufmarsch.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hatte in den gestrigen Abendstunden auf dem Gendarmenmarkt zu einer Protestkundgebung aufgerufen. Um 7 Uhr gab das Schandurteil von Grevesmühlener, wo verfassungstreue Reichsbannerleute zu harten Gefängnisstrafen verurteilt wurden, und der Monarchistenummel, der sich am letzten Sonntag bei der Einweihung des Augustiner-Rohedenmals in Beisein des Staatsoberhauptes der deutschen Republik abspielte. Gegen 7 Uhr lag der weite Platz noch verlassen da. Nur das starke Schuppelzeitaufgebot, in den Nebenstraßen verteilt, ließ erkennen, daß sich hier etwas Außergewöhnliches abspielen sollte. Allmählich fanden sich die ersten Teilnehmer ein. Gruppen bildeten sich, die oft in erregten Worten die Arbeit der heutigen Justiz besprachen. Der erste geschlossene Zug rückte dann die Jungmannschaft Süd-Ost an, dann folgte in glänzender Stärke mit wehenden Fahnen die Kameradschaft Mitte. Weitere Abteilungen belegten den Platz. Die große Freitreppe des Schauspielhauses war schnell von Männern und Frauen bis auf den letzten Platz besetzt, so daß der Zugang bald abgesperrt werden mußte. Schlag- und Hornmusik klang in den Abend, und noch immer wollten die Jäger kein Ende nehmen. Im Biered nahmen die einzelnen Kameradschaften Aufstellung. Als die vereinigten Tambourkorps des Reichsbanners, die hart an der Freitreppe ihren Stand hatten, die eindrucksvolle Rundgebung mit einem Trummelwirbel eröffneten, wartete eine nach Tausenden zählende Menge der Reden.

### Die Reden.

Es sprach der Landtagsabgeordnete Riedel, dessen Rede eine flammende Anklage gegen das Unrecht unverantwortlicher Generale war. Die Enthüllung von Denkmälern durch monarchistische Generale müsse aufhören. Es sei geradezu ein Verbrechen, wenn, während unsere Regierung in Locarno weilt, ein deutscher General eine Rede halte, mit der er der deutschen Regierung Schwierigkeiten bereite. Sitz u. Remin, der den längst vergessenen König und Kaiser verteidelt und noch vor dem Präsidenten der Republik den Tranz niedergelegt habe, hat in provokatorischer Weise die Fackel der Zwietracht in das deutsche Volk geschleudert. Er solle sich seine Pension auch von seinem Kaiser zahlen lassen und nicht von der Republik. Dieser Mann in Holland mache sich in einer Weise bemerkbar, die Zeichen der Ueberalterung trage. Das größte Unrecht, das die

monarchistischen Generale bei den Denkmälerenthüllungen dem Volke antun, ist es, daß sie die Toten, die draußen in fremder Erde ruhen, für ihre politischen Zwecke auszunutzen versuchen. Dieser Gemeinheit müssen wir ein Gelächter entgegenhalten, nicht zu lachen und zu ruhen, bis die Republik gestürzt ist. Mit dem mit starkem Beifall aufgenommenen Worten „Es lebe die deutsche Republik, die freie Republik und soziale Republik“ schloß er seinen leidenschaftlichen Vortrag.

Dann sprach Gen. Kuttner, dessen Rede eine harte Anklage gegen die Justiz war. Zu der Rotzunge sei eine neue grassierende Krankheit in der Richterwelt ausgebrochen: die Schwarzrotgoldfische. Der größte Teil unserer Richter ist erfüllt von Haß gegen die Republik und er kann sich nicht zu der Objektivität zwingen, die sein Amt verlangt und dieser Haß finde auch seinen Ausdruck in den Reichsbannerprozessen. Die Angreifer erscheinen als Zeugen und die Angegriffenen als Angeklagte. Entlastungszeugen werden mit verhöflet, weil sie ja mit dabei gewesen sein müßten, wenn sie Angaben machen können. Er erinnerte an den Stralauer Reichsbannerprozeß, wo ein Stabhelmer einen Gummihüpfel getragen hatte und der Richter dem Zeugen antwortete: es könne ja auch eine Kiste gewesen sein. Diesem Richterum müßten endlich einmal die Hölentöne beigebracht werden. Weil in Grevesmühlener ein paar Reichsbannerleute an die Scheiben eines Cafés geklopft haben, wo Stabhelmer saßen, fühlten diese sich mit dem Leben bedroht, schossen mit Revolvern, schlugen mit Knütteln und gebrauchten Dolche. Dies galt als Akt der Notwehr, während die verwundeten Reichsbannerleute unter die Anklage des Landfriedensbruchs gestellt wurden. Ein Reichsbannermann, der einen Dolchstoß in den Rücken erhalten und Strafanzüge erkrankte, wurde unter Anklage gestellt mit der Begründung: „Wer mit dem Dolche gefahren wurde, muß teilgenommen haben!“ Die Bekundung der Schuldeute unter Eid, daß sie von den Stabhelmlern mit Knütteln geschlagen worden seien, wurden — das erstmal vor einem deutschen Gerichtshof — als unanständig bezeichnet. Diese Justiz richtet nicht nach Schuld oder Unschuld, sie sucht nicht Recht oder Unrecht, sondern sie läßt sich auf die Formel zusammenziehen: Bist du Schwarzrotgold, dann bist du ein Schuft. Bist du aber Schwarzweißrot, dann wirst du freigesprochen. Die Urteile einer solchen verächtlichen Justiz erfüllen nicht für uns und können uns nicht die Ehre abschöpfen. Wir können hier den Alten Freisprechen lassen, der über eine ungerichte Justiz gefast hat:

„Ein Justizkollegium, das Unerschrockenheit ausübt, ist gefährlicher und schlimmer als ein Diebesbande, vor die kann man sich schützen, aber vor Schams, die den Mantel der Justiz verstauchen, um ihre böse Passiones auszuführen, vor die kann sich kein Mensch schützen, die sind ärger als die wütenden Spinnweben, die in der Welt sind, und verdienen eine doppelte Verurteilung.“

Nach manchem Opfer wird dieser Justiz zum Opfer fallen, aber wir werden den Kampf für die Republik durchführen trotz alledem. Wir verzagen nicht und wenn die Welt voll Richter wäre, es wird uns doch gelingen.

Nach der mit starkem Beifall aufgenommenen Rede sprach der Vorsitzende des Reichsbanners, Koch, der darauf hinwies, daß der Schuß der Republik nötiger sei als je und ihm das Reichsbanner. Das deutsche Volk im frontenbräuerischen Sinne zu erziehen, sei seine Hauptaufgabe. Im deutschen Vaterlande müsse es dazu beitragen, daß Recht wieder Recht werde.

Die offizielle Rundgebung des Reichsbanners hatte ihr Ende gefunden und langsam schoben sich die Formationen zur StraÙe hin. Hell aufleuchteten die Fackeln gegen den nächtlichen Himmel, Trommeln rollten und gaben auf dem von Säulern umstandenen Platz ein beinahe drohendes Echo zurück. Mit Spiel und Sang beim Scherne der Fackeln traten die Teilnehmer den Rückmarsch an.

## Der Zuchthausdirektor als Mörderprotektor.

Untersuchung durch das Justizministerium.

Wir meldeten vor einiger Zeit, daß Strafanstaltsdirektor Nikolai in Bichtenberg den Scheidemann-Attentäter Hufert zu seinem besonderen Liebling erkoren und dem Gefängnisgefängnis Hahn-Zumpt gegenüber geäußert habe, das Hauptverbrechen Huferts sei in seinen Augen, daß er Scheidemann nicht wirklich umgebracht habe. In einer kleinen Anfrage fragte darauf die sozialdemokratische Landtagsfraktion, was das Justizministerium in dieser Angelegenheit unternommen habe. Die Antwort liegt jetzt vor. Es heißt darin: „Der Justizminister hat, als er in der Sitzung des Hauptausschusses vom 14. Juli d. J. von der angeblichen Weigerung des Strafanstaltsdirektors Nikolai erfuhr, unverzüglich den Präsidenten des Strafollzugsamts in Rumburg a. S. beauftragt, die erforderlichen Feststellungen zu treffen. Dieser hat den Direktor Nikolai gehört; Nikolai hat jedoch in Abrede gestellt, die behauptete Weigerung getan zu haben. Demgegenüber ist Hahn-Zumpt bei seiner Behauptung verblieben: er hat aber bisher keine näheren Angaben über die Umstände, unter denen die Weigerung des Direktors Nikolai erfolgt sein soll, gemacht. Der Sachverhalt kann hiernach noch nicht als ausreichend geklärt angesehen werden. Es bedarf noch einer eingehenden Vernehmung sowohl des Hatters Hahn-Zumpt als auch des Direktors Nikolai. Hahn-Zumpt, der wegen Krankheit seit langer Zeit keinen Dienst tut, hat bisher nur kurze schriftliche Erklärungen abgegeben. Auch der Direktor Nikolai versteht seit Ende Juli d. J. wegen schwerer Lungenkrankheit keinen Dienst; er befindet sich zur Heilung seines Leidens in einem Sanatorium.“

## Ein Dolchstoßprozeß.

Beeinflussungsversuch als Aufstakt.

München, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Münchener Dolchstoßprozeß, der am kommenden Montag beginnt und dessen Dauer zunächst auf drei bis vier Wochen angesetzt ist, hat am Freitag bereits ein lebliches Vorspiel gezeitigt. Der eine Prozeßbeteiligte, Professor Cösmann, Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte“ und Spiritus rektor der „Münchener Neuesten Nachrichten“, hatte für Freitag eine Reihe bürgerlicher Journalisten zu sich in das Gebäude der „Münchener Neuesten Nachrichten“ geladen, um ihnen durch seine Beauftragten, den bekannten Mittelbacher Königsbändler, Freiherrn von Arentin, einen Einleitungsvortrag über den Prozeßstoff halten zu lassen. Unter den Eingeladenen befanden sich neben den Vertretern der Münchener bürgerlichen Presse auch zahlreiche Vertreter rechts stehender norddeutscher Blätter, wahrscheinlich alle jene, von denen Cösmann annehmen zu dürfen glaubt, daß sie über seinen Prozeß in einem ihm nicht abwegigen Sinne berichten werden. Die große Zahl der erschienenen Journalisten scheint sich keine Gedanken darüber gemacht zu haben, daß sich ein solches Anstehen mit der Objektivität eines verantwortungsbewußten Trägers der öffentlichen Meinung überhaupt nicht vereinbaren läßt und daß hinter diesem plumpen Versuch der Beeinflussung nichts anderes gesucht werden kann, als die Angst des schlechten Gewissens bei den „Dolchstößern“.

## Kein Partieren mit der Reaktion!

Der Parteitagbeschluss von Rizza.

Mizza, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteitag der Radikalen und der Radikalsocialisten hat trotz aller Bemühungen der nach rechts Geneigten mit übermächtiger Mehrheit eine Resolution beschlossen, die der herrschenden Formel entspricht, nämlich Ablehnung jeglichen Kompromisses mit den Parteilern auch der gemäßigten Reaktion und Rückkehr zur Politik des 11. Mai.

Diese Entscheidung wird allgemein als das betrachtet, was sie ist: die endgültige Kampfansage an das Ministerium Poincaré. Die Reaktion Herrichts am Donnerstag, daß er seinen Freund Poincaré lieber in den Reiben der aufrichtigen Republikaner fallen als mit den Parteien der Mitte weiterverhandeln sehe, scheint dieser Auffassung recht zu geben. Poincaré selbst, der am Sonnabend nach Rizza fährt, um dort vor dem Forum des radikalen Parteitages seine Politik persönlich zu vertreten, scheint zwar noch nicht alle Hoffnung aufgegeben zu haben, die stärkste Partei des Kartells, das die Politik seines Finanzministers Calliaux unmittelbar vor dem Beginn der Parlamentsferien gesprengt hat, wieder zu verführen. Diese Hoffnung dürfte darauf gegründet sein, daß sich die Gegnerseite der Linken in der Tat nicht so sehr gegen Poincaré selbst richtet, dessen republikanische und demokratische Gesinnung über allen Zweifeln erhaben ist, als vielmehr gegen Calliaux, der nicht nur durch seine ausschließliche von den Wünschen der Reaktion inspirierte Finanzreform, sondern vor allem auch durch die wenig vornehme Art seines gegen die Linke gerichteten Kampfes selbst seine überzeugtesten Anhänger vor den Kopf gestoßen hat. Da weiterhin die Sozialisten schon im Sommer jedes weitere Zusammenarbeiten mit dem Ministerium Poincaré unabweislich abgelehnt haben, so daß, selbst wenn die Radikalsocialisten sich erneut vor dessen Wogen spannen ließen, die gegenwärtige Regierung unter keinen Umständen eine reine Einkamereiheit hat, hält man den Versuch Poincarés, die der ministeriellen Existenz seines Kabinetts drohende Gefahr durch persönliche Intervention zu beschwören, für wenig aussichtsreich. Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß es wahrscheinlich schon in den ersten Tagen der am 27. Oktober beginnenden neuen parlamentarischen Saison zum Ausdruck der Kräfte kommen wird.

Strafantrag gegen Senatspräsident Jopp. Die Republikanische Geschweidende hat gegen die aus dem Prozeß Lemle bekannten Herren Jopp, ehemals Staatssekretär beim Reichsfinanzministerium, Deinke, ehemals Präsident des Landesfinanzamts Groß-Berlin, Oberregierungsrat Wäusel und Abteilungspräsident Schlingemann Strafantrag wegen Minderbeurteilung, Verleumdung von Akten, Rechtsbeugung, Begünstigung im Akte Strafanzüge gestellt.

## 300 Bergarbeiter eingeschlossen.

Johnsdorf (Steiermark), 16. Oktober. (W.B.) Infolge vorläufigen Aufzuges in der Kohlengrube der Alpine Montangesellschaft geschwommene eine Förderkabel, so daß es nicht möglich ist, die im Bergwerk in einer Tiefe von dreihundert bis neunhundert Metern in verschiedenen Stellen befindlichen dreihundert Arbeiter zu Tage zu fördern. Für die eingeschlossenen Bergarbeiter besteht jedoch angeblich keine unmittelbare Gefahr. Es wird aber mehr als ein Tag dauern, bis es möglich sein wird, den Schaden zu beheben, um die eingeschlossenen aus dem Bergwerk herauszuholen zu können. Es ist Vorsorge getroffen, um die eingeschlossenen mit Lebensmitteln zu versorgen.

# Die Eisenbahner in der Notwehr.

Genau Einhaltung der Dienstvorschriften.

Am Dienstag tagte in den Residenzfestalen eine Funktionärskonferenz des Bezirks Berlin des Einheitsverbandes der Eisenbahner, die aus dem ganzen Bezirk zahlreich besetzt war. Der Bezirksleiter Dreffel schilderte die jetzigen Verhältnisse im Eisenbahnbetrieb. Der fortschreitende Personalabbau zeitige ganz unhaltbare Zustände. Die Unfälle, bei denen nicht nur Personal, sondern, wie aus der Veröffentlichung in der Tagespresse hervorgeht, auch Reisende getötet und verkrüppelt werden, häuften sich in erschreckender Weise. Der Krankenstand sei ein abnorm hoher. Das Personal, das bei der ungenügenden Entlohnung sich nur mangelhaft ernähren kann, breche zusammen und die Leistungen mühten selbstverständlich in nächster Zeit erheblich zurückgehen. Für diese Zustände mache die Verwaltung aber das Personal verantwortlich, wie aus der Verfügung der RBD. Oftens ersichtlich sei. Derselbe Verwaltung, die durch ihr Antreiber- und Ausbeutersystem zur Ueberschreitung der Dienstvorschriften zwinge, bedrohe rücksichtslos selbst mit Dienstentlassung diejenigen, die die Vorschriften übertreten. Pflicht jedes einzelnen sei, sich selbst zu schützen und sich seiner Familie zu erhalten, deshalb mühten

jämliche Dienst- und Unfallverhütungsvorschriften streng von jedem beachtet werden.

Alle Diskussionsredner stellten sich auf den Boden des Referenten und versprachen, in diesem Sinne aufklärend zu wirken. Die Stärkung der Organisation wurde als oberste Pflicht anerkannt, damit der reaktionärste Arbeitgeber in Deutschland, die Reichsbahn-Gesellschaft, gezwungen wird, menschenwürdige Verhältnisse und ausreichende Entlohnung zu schaffen.

Zur Illustration führen wir einige Unfälle dieses Monats an: In der Nacht vom 1. zum 2. Oktober fuhr in Kassel infolge angeblich falscher Weichenstellung eine Maschine auf den Hannover-Münden kommenden Personenzug auf. Der Lokomotivführer des Personenzuges, der die Gefahr erkannte, setzte sofort die Schnellbremse in Tätigkeit, so daß der Zusammenstoß stark abgeschwächt wurde. Trotzdem wurden der Lokomotivführer, 2 Zugbeamte und 10 Reisende verletzt.

In demselben Tage wurde in Ehlingen i. Württbg. der 45 Jahre alte verheiratete Eisenbahnarbeiter Krommer von einem Personenzug erfasst und getötet. Der Unglückliche, der schon seit vielen Jahren als Streckenarbeiter tätig ist, war bei dem Unfall mit Abloscharbeiten an einem Nebengleis beschäftigt.

Am 2. Oktober fuhr in Götting ein Zug in eine mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigte Gruppe von Streckenarbeitern, die sich infolge der Kreuzung zweier Züge, und weil sie kurz vor dem Tunnel beschäftigt waren, nicht schnell genug in Sicherheit bringen konnten. 5 Arbeiter wurden überfahren. Davon wurde einer leicht, die anderen 4 schwer verletzt, so daß sie mit einem Auto ins Krankenhaus geschafft werden mußten.

Am 3. Oktober verstarb in Leipzig-Plagwitz der 52 Jahre alte Schrankenwärter Otto Krämer seinen Dienst. Dabei wurde er von einem rangierenden Güterzug überfahren und so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb.

Am 3. Oktober fuhr infolge dichten Nebels der D-Zug Rdn-Ostende in der Nähe der Station Rote Erde bei Nachen auf einen dort haltenden Güterzug auf. Beide Hauptgleise des Bahnhofs Rote Erde mußten gesperrt und der Verkehr durch Umleitung aufrecht erhalten werden.

Am 4. Oktober stürzte infolge angeblich falscher Weichenstellung in Chemnitz ein Personenzug um. Dabei wurden 3 Reisende getötet und 12 verletzt.

Als ein fürchterbares Anlagematerial.

## Sechs Tote und 40 Verstümmelte

zeigen, wohn der Kurs der Reichsbahnverwaltung und der Korruptionsgeldempfänger gesteuert wird. Dennoch versucht die Verwaltung, die Öffentlichkeit im Geschäftsbericht (1. April 1923 bis 30. September 1924) von einer „zunehmenden Verkehrssicherheit“ zu reden. „Nur“ 96 Tote und 362 Verletzte bucht dieser Bericht. Eine Bagatel!

Wenn schon von Betriebsunfällen geredet werden soll, dann müssen im Interesse der Öffentlichkeit sämtliche tagtäglich sich ereignenden Unfälle im Gesamtbetriebe, d. h. alle Unfälle in den Eisenbahn-Ausbesserungswerken, Betriebs- und Wagenwerkstätten, in der Bahnunterhaltung usw. einbezogen werden. Wir empfehlen der Reichsbahnverwaltung, die Unfallziffern und die hiermit in Verbindung stehenden Krankheitsfälle bei den Betriebskrankenkassen einzuholen. Rechnet man die allein im Vierteljahr 1924 nur beim Rangieren beschädigten Wagen, d. h. 9713 Stück, hinzu und den hieraus entstandenen ungeheuren Materialschaden, so ist dies der beste Gradmesser,

## wie die Verwaltung wirtschaftet.

Zu dieser Mißwirtschaft haben die Funktionäre des Berliner Bezirks Stellung genommen, weil sie am Ende ihrer Kraft sind. Sie wollen nicht mehr Leben und Gesundheit der eigenen Person und ihrer Familie aufs Spiel setzen gegenüber kalkulierenden und rücksichtslos Geschäftsleuten, gegenüber sich langweilenden Räten und Amtsvorständen, die das Personal mit Löhnen und Gehältern abspießen, das in keinem Verhältnis steht mit den Lebenshaltungskosten.

Der Beschluß der Funktionäre der Eisenbahner ist ein erzwungener in doppelter Hinsicht. Die Verwaltung zwingt sie nach der von ihr angeordneten Dienstvorschrift (siehe Verfügung der Reichsbahn-Direktion Berlin) strikte zu arbeiten, weil sie sonst rücksichtslos entlassen resp. mit hohen Geldstrafen bestraft werden. Die Eisenbahner selbst aber müssen sich, ihr Leben und ihre Gesundheit schützen, und zwar nicht zuletzt im Interesse des reisenden Publikums selbst.

Erwartung hatte, die Schlichtungsinstanzen würden diesen Forderungen Rechnung tragen. Nun erzählt die „städtische Seite“, daß die Aufwärtsbewegung der Preise augenblicklich zu einem „Stillstand“ gekommen sei und man, ehe man dieser eingetretenen Teuerung Rechnung trage, erst abwarten müsse, ob die Aufwärtsbewegung auch anhalte.

Mit einer solchen Methode der Abgeltung der bereits eingetretenen Teuerung könnte die Arbeiterschaft bis auf den St. Nimmerleinstag warten. Es ist aber wirklich ein starkes Stück, jetzt noch mit der alten Höhe zu kommen, wonach eine Lohnerhöhung zur Teuerung führe. Ausgerechnet die städtischen Werke, bei denen der Lohnfaktor eine immer geringere Rolle

spielt, kommen mit diesem alten Lohndübel, den selbst die Vereinigung der Arbeitgeberverbände nicht mehr zu gebrauchen wagt.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, auf eine Notiz zurückzukommen, die gestern in der bürgerlichen Presse zu finden war. Es wurde da die märchenhafte Behauptung aufgestellt, daß die Gemeindefunktionäre mit ihrer Lohnbewegung die bevorstehenden Gemeindevahlen abgewartet hätten, weil sie da auf ein günstigeres Entgegenkommen rechnen konnten. Es wird sogar hinzugefügt, daß diese Lohnbewegung von angeblich radikaler Seite, zu dem Zwecke, sie für die Wahlkandidatur auszunutzen, angezettelt worden sei. Diese offenbar gleichfalls von „städtischer Seite“ inspirierte Notiz verkennt die einfache Tatsache, daß der Lohnvertrag am 30. September abgelaufen ist und daß die Ablehnung der Forderungen der Gemeindefunktionäre durch den Magistrat und die städtischen Werke und das Hinziehen durch die Schlichtungsinstanzen es mit sich gebracht haben, daß wir heute

## kurz vor den Wahlen unmittelbar vor einem Streik

der Gas- und Wasserarbeiter und vielleicht auch der übrigen Gemeindefunktionäre stehen. Die „radikale Seite“ ist in diesem Falle einzig und allein der Magistrat und die von ihm inspirierten städtischen Werke.

Es wird dann weiter behauptet, daß die Gas- und Wasserarbeiter dieselben Löhne hätten wie die Kammerei- und Staatsarbeiter, was freilich nicht viel besagen will. Faktisch sind die Löhne der Handwerker bei den Kammereiarbeitern um 2, bei den Staatsarbeitern bis zu 3 Pf. höher; bei den Arbeitern der Elektrizitätswerke sind die Löhne um 8 bis 10 Pf. die Stunde höher!

Die eine Verhöhung klingt es, wenn man z. B. den Gasarbeitern das Ruhegehalt und die dauernde Beschäftigung vorrechnet. Vor dem Kriege beschäftigte die Stadt Berlin mit den seitdem hinzugekommenen Gaswerken rund 8000 Gasarbeiter. Davon waren bis zum 1. Januar 1924 rund 1000 abgebaut. Seitdem ist die Belegschaft weiter um 1500 Personen verringert worden, obwohl inzwischen noch das Gaswerk von Niederbarnim mit 300 Arbeitern dazu kam und obwohl sich der Gastonsum im Laufe des Jahres allein um 17 Proz. erhöht hat.

Nun gibt die „städtische Seite“ selbst zu, daß die Friedensrealität nicht erreicht sind, obwohl der Stundenlohn um 30-40 Proz. erhöht worden ist. Will man damit etwa behaupten, daß die Teuerung seit 1914 nur 30 bis 40 Proz. beträgt? Oder daß die Löhne 1914 besonders hohe waren? Wenn man die verminderte Stundenzahl hervorhebt, dann wäre es die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der „städtischen Seite“ gewesen, hinzuzufügen, daß gleichzeitig

## die Leistung außerordentlich gestiegen

ist. Man hätte auch hinzufügen müssen, daß der Wochenlohn weiter vergrößert wird durch die erhöhten Abzüge.

Warum aber diese verlogene und deshalb höchst ungehörige Verteidigung? Ungeachtet ist sie, weil die Öffentlichkeit, sobald sie über den wahren Stand der Dinge aufgeklärt sein wird, sich gegen die Tendenz der „städtischen Seite“ wenden wird und weil die städtischen Arbeiter durch solche Lügen nur noch mehr erbittert werden müssen. Die „städtische Seite“ gesteht es am Schluß ziemlich unverbüßt ein, warum man die Lohnerhöhung ablehnt, deren Berechtigung man nicht zu bestreiten wagt. Weil die Unternehmer der Privatindustrie fürchten, diese Lohnerhöhungen könnten auch auf die Privatindustrie eine Rückwirkung haben.

Darauf ist zu erwidern, daß die städtischen Werke einmal erst die Löhne zahlen sollen, die in der Privatindustrie gezahlt werden, ehe sie sich auf diese berufen. Um nur ein Beispiel zu wählen: Im privaten Kohlenhandel beträgt der Lohn der Kohlenarbeiter 18 Pf.; in den Gaswerken 75 Pf. die Stunde. Also ein Minus von 23 Pf. Die Gemeindefunktionäre verlangen eine Aufbesserung von 10 Pf. Wer kann behaupten, daß diese Forderung unbeschrieben ist? Wer kann die Stirn haben, wenn ihm diese Tatsachen bekannt sind, gegen die Gasarbeiter Vorwürfe zu erheben? Wenn es nach dem Willen des Magistrats und der Werke bei der Ablehnung der beschriebenen Forderung bleibt und es zur Katastrophe kommt, dann wird die Öffentlichkeit allein die Reaktion im Magistrat dafür verantwortlich machen.

Personenliste für Berlin: Ernst Krüger; Wirtschaft: Arno Caternano; Gemeindefunktionäre: H. Lehmann; Funktionäre: R. A. Böcher; Lohndienst: G. H. Lehmann; Reichsbahn: H. Lehmann; Städtische Werke: H. Lehmann; Berlin: Reichsbahn-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Betriebs-Verlagsanstalt und Verlagsanstalt, Post-Casse u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, hierzu 2 Seiten und „Unterhaltung und Wissen“.

## Der Konflikt in den Gemeindebetrieben.

Die Verantwortlichen verteidigen sich — schlecht.

Die B.S.-Korrespondenz verbreitet folgende Zuschrift, die ihr von städtischer Seite zugeht:

„Das zweimal also in noch nicht drei Monaten wollen die Vertreter der Arbeiterschaft einen ablehnenden Schiedsspruch mit sofortiger Arbeitsniederlegung beantworten. Bei einer solchen Stellungnahme der Arbeiterschaft wird selbstverständlich das Schiedsverfahren illusorisch, denn wenn das Schiedsgericht nur dazu da sein soll, Lohnerhöhungen zu bewilligen und nach den Anträgen der Arbeitnehmer zu entscheiden, hat es jeden Wert als Schlichtungsstelle verloren.“

Was sagt der Schiedsspruch, der gestern gefällt und fogleich von den Arbeitnehmern abgelehnt worden ist? Er führt aus, was jeder nur billigen kann, daß bei der jetzigen wirtschaftlichen Lage der kaum erreichte leidliche Stillstand in der

## Aufwärtsbewegung der Preise

nicht durch Lohnerhöhungen gefährdet werden darf, und daß man wenigstens einige Wochen abwarten soll, um zu übersehen, ob tatsächlich die Aufwärtsbewegung der Preise zum Stillstand gelangt ist oder nicht. Schon Anfang November, also nach etwa zwei bis drei Wochen, sind nach diesem Schiedsspruch neue Verhandlungen zwischen den Werksleitungen und den Vertretern der Arbeiterschaft möglich. Die Löhne der Arbeiter der Gas- und Wasserwerke Berlins, und zwar sowohl der im städtischen Besitz befindlichen Werke wie der der Deutschen Gasgesellschaft (früher Englische Gasgesellschaft) stehen auf gleicher Höhe mit denen der Kammerei-, Reichs- und Staatsarbeiter. Bei der Beurteilung der Höhe der Löhne in den städtischen Betrieben darf aber auch nicht übersehen werden, daß neben den sonstigen Vorteilen eines günstigen Tarifvertrages allen Arbeitern,

die über zehn Jahre beschäftigt sind, für den Fall der Arbeitsunfähigkeit oder des Todes Ruhegeld oder Hinterbliebenenversorgung zugesichert ist, und daß die Mehrzahl der Arbeiter eine dauernde Beschäftigung hat. Wenn die Arbeiterschaft bei der Behandlung der Löhne darauf hinweist, daß der Friedensreallohn nur insofern nicht erreicht ist, als der jetzige Wochenlohn nominal nur unwesentlich über dem der Friedenszeit liegt, so darf nicht übersehen werden, daß die Stundenlöhne 30 bis 40 Proz. über den Vorkriegslöhnen liegen. Wenn trotzdem

## der frühere Wochenreallohn nicht erreicht

wird, so liegt das daran, daß die Arbeitszeit früher 54 Stunden, heute 48 Stunden beträgt.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß, wenn die städtischen Werke jetzt die Löhne steigern würden, eine solche Erhöhung nicht nur eine Aufbesserung der Löhne in der gesamten Stadtverwaltung bedeuten würde, sondern daß weiter darüber hinaus für Staat und Reich die Rückwirkung nicht ausbleiben könnte. Eine allgemeine Erhöhung der Löhne bei Stadt, Staat und Reich müßte aber im gegenwärtigen Augenblick sich auch in Handel, Gewerbe und Industrie auswirken und somit eine allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung herbeiführen.“

Dazu ist zunächst zu bemerken, daß die städtische Seite offenbar der Auffassung ist, daß die Schlichtungsinstanzen die Aufgabe haben, auch die bescheidensten und berechtigten Lohnforderungen der Arbeiterschaft abzulehnen. Es ist den Vertretern des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes natürlich nicht eingefallen, zu verlangen, daß der Schlichtungsausschuss bzw. die tarifliche Schiedsstelle die Pflicht hätten, sich ohne weiteres die Forderungen der Arbeiterschaft zu eigen zu machen. Immerhin waren die Forderungen diesmal so bescheiden und berechtigt, daß die Arbeiterschaft die

# Billiger Freitag und Sonnabend bei Jandorf

<p><b>Kasak</b> aus kunstseidenem Trikot, mit Stickerel, viele Farben . . . . . <b>3<sup>95</sup></b></p> <p><b>Kleiderrock</b> aus reinwollenen Kammgarn-Cheviot, Plaxelreilm, marine . . . . . <b>7<sup>75</sup></b></p> <p><b>Straßenkleid</b> aus gutem Kammgarn-Cheviot, fesche Fasson, viele Farben . . . . . <b>11<sup>50</sup></b></p> <p><b>Damen-Mantel</b> aus gutem Mouliné-Flausch, spart verarb., schöne Farben . . . . . <b>17<sup>50</sup></b></p> <p><b>Pantoffel</b> für Damen, mit Linoleumschle . . . . . <b>95</b></p> <p><b>Hauschuhe</b> für Damen, kamelhaarartiger Stoff . . . . . <b>1<sup>35</sup></b></p> <p><b>Laschenschuhe</b> für Damen, kamelhaarart. Stoff, Filz- u. Lederstoffe . . . . . <b>2<sup>45</sup></b></p> <p><b>Malerkittel</b> Rohwessel, gute Qualität . . . . . <b>4<sup>95</sup></b></p>	<p><b>Linoleum-Läufer</b> ca. 65 cm breit . . . . . Meter <b>1<sup>85</sup></b></p> <p><b>Steppdecken</b> Satin mit Trikot . . . . . <b>12<sup>75</sup></b></p> <p><b>Künstlergardinen</b> engl. Tüll, 25-chala, 1 Querbehang, Fenster . . . . . <b>3<sup>85</sup></b></p> <p><b>Oberhemden</b> farbig, mit gefalteter Faltenbrust, 2 Kragen, Umschlagmanschetten . . . . . <b>6<sup>50</sup></b></p> <p><b>Herren-Hüte</b> moderne Form, neue Farben . . . . . <b>6<sup>50</sup></b></p> <p><b>Selbstbinder</b> reine Seide, schöne Ausmusterung . . . . . <b>1<sup>45</sup></b></p> <p><b>Regenschirme</b> Top-Form, mit seidnem Futteral . . . . . <b>5<sup>90</sup></b></p> <p><b>Isolierflaschen</b> ca. 1/2 Liter . . . . . <b>95</b></p>	<p><b>Hemdentuch</b> haltbare Qualität . . . . . Meter <b>65</b></p> <p><b>Hemdenbarchent</b> gestreift, gute Qualität . . . . . Meter <b>78</b></p> <p><b>Bett-Kattun</b> geblümt . . . . . Meter <b>88</b></p> <p><b>Barchent-Bettlaken</b> weiche Qualität . . . . . <b>3<sup>75</sup></b></p> <p><b>Kaffeesevice Porzellan</b> 8 teilig, hübsche Dekore . . . . . <b>4<sup>95</sup></b></p> <p><b>Mülleimer</b> Emaille, mit Schrit u. Deckel, weiß oder menblau . . . . . <b>2<sup>75</sup></b></p> <p><b>Schmorlöpfe</b> Aluminium, mit Deckel . . . . . <b>6<sup>75</sup></b></p> <p><b>Waschwannen</b> Zink, ca. 90 cm . . . . . <b>16<sup>75</sup></b></p>	<p><b>Außergewöhnlich billig!</b></p> <p><b>Handschuhe</b> für Damen und Herren, in sehr guter Qualität, verschiedene Ausführungen</p> <p>Serie I Paar <b>95</b> Serie II Paar <b>1<sup>45</sup></b></p> <p><b>Ueberzieh-Jäckchen</b> für Damen, reine Wolle, farbig, mit Schalkragen, lange Ärmel</p> <p>Serie I <b>3<sup>95</sup></b> Serie II <b>4<sup>95</sup></b></p> <p><b>Schlupfhosen</b> für Damen farbig, mit warmem Futter . . . . . <b>1<sup>95</sup></b></p> <p><b>Damenstrümpfe</b> Seidenfaser, mit Doppelsohle, farbig, schwarz . . . . . <b>95</b></p> <p><b>Damenstrümpfe</b> Kunstseide, mit Florrand u. Sob.e, klares Gewebe . . . . . <b>1<sup>65</sup></b></p> <p><b>Herrensocken</b> farbig, Verso und Spitze verstärkt . . . . . <b>55</b></p> <p><b>Herrensocken</b> Doppelsohle u. Hochferse, farbig, schwarz . . . . . <b>95</b></p>
---	---	---	---

Belle Alliance-Straße · Große Frankfurter Straße · Brunnen Straße · Kottbusser Damm · Wilmersdorfer Straße

# Wie märkische Kleinstädte aussehen.



Marktplatz mit Rathaus.

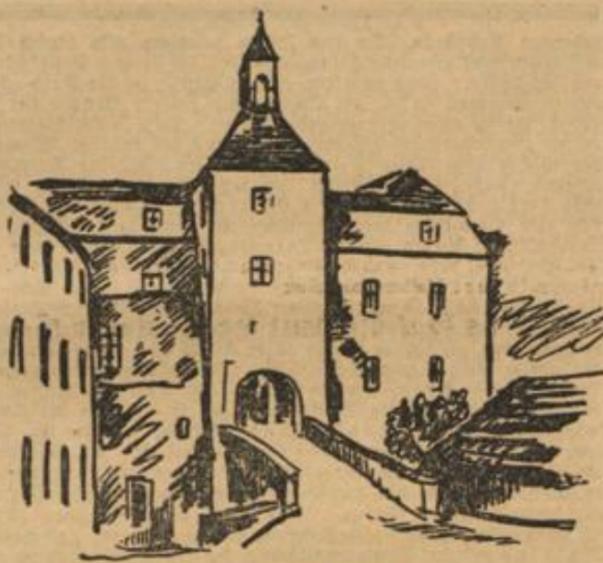
Wenn märkische Kleinstädte nicht in beschauliche Ruhe verfallen, sondern einen wirtschaftlichen und politischen Aufschwung zu verzeichnen haben, so sagt man wohl: die günstige Lage bewirkt diesen Aufstieg. Ein Beispiel hierfür ist Fürstberg a. d. Oder, das durch den Ausbau des Spree-Oder-Kanals in seinen natürlichen Entwicklungsmöglichkeiten gefördert ist. In Finsterwalde haben wir eine Stadt, die trotz des Fehlens einer günstigen Lage ein beachtenswertes Emporkommen zeigt.

## Das alte Finsterwalde.

Für den Ort, der im 13. Jahrhundert von den Deutschen als fester Platz angelegt wurde, lag damals und in den folgenden Jahrhunderten allerdings so etwas wie günstige Lage vor, denn zunächst zählte er zu den den deutschen Besitz gegen den wendischen Osten in der Lausitz abschließenden Plätzen, die in dem nahen Kloster Dobrilugt ihr geistiges Zentrum hatten. Dann aber nahm in späteren ruhigen Zeiten der Handelsweg von Schlesien nach Magdeburg und Hamburg seinen Gang durch Finsterwalde, in dem auch die Tuchmacherei florierete. Einige Angaben mögen den Werdegang kurz erläutern. Im Jahre 1416 belehnt König Wenzel von Böhmen Hans von Polenz mit Schloss und Stadt, später (1533) kam es in die Hände der Brüder Otto und Johann von Dieskau. 1540 Einführung der Reformation. 1625 Verkauf an Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen. Im Dreißigjährigen Krieg 1637 und 1642 verheert; 1675 durch Brand zerstört. Von 1652 bis 1738 Besitz der Herzöge von Sachsen-Merseburg, dann dem Kurfürstentum Sachsen wieder zugeteilt — endlich 1815 preussisch. Die Entwicklung in kommunaler Hinsicht zeigen folgende Zahlen: im 16. Jahrhundert 350 Feuerstätten, 1687 deren nur 250, 1806 293 Häuser in und 56 vor der Stadt; 1800 2000 Einwohner, darunter 141 Tuchmacher und 100 Spinner, die über 4000 Stück Tuch fertigten. 1850 5400 Einwohner — 40 000 Stück Tuch. 1867 7000, 1917 13 000, jetzt 14 000 Einwohner. Der günstige Aufschwung nach 1867 ist zweifellos durch die 1868 erfolgte Eröffnung der Bahn Halle-Finsterwalde-Rottbus u. m. bewirkt, aber — und damit streifen wir wieder die Frage der günstigen Lage — sicher wäre er noch größer, wenn Finsterwalde direkt an einer Berliner Hauptbahn gelegen wäre. Jetzt muß man in Dobrilugt-Kirchhain, Station der Berlin-Dresdener Bahn, umsteigen.

## Vom alten Finsterwalde.

Eine jener Jahrhunderte überdauernden festen Mauern, wie sie in einigen Kleinstädten sich vorfinden, hat Finsterwalde nie besessen; die etwas überragende Burg bot Schutz den Nachbarn, und die Bürger muhten sich mit Wallgräben, Gräben und Wällen behelfen. Die 1413 zerstörte Burg wurde 1553-57 von den Dieskaus schloßartig aufgebaut: aus einem einfachen Vorderhof gelangte man in das stattliche Hinterhof durch einen dreigeschossigen Turm. Im Hof dieses Hauptgebäudes befanden sich Arkaden, von denen die auf dem Nordwestflügel noch erhalten sind. Jetzt nieden Blumen auf den Beschauer herunter — die „Ritterfräuleins“



Eingang zum Schloß.

sind verschwunden und die Prosa des Lebens in der Nachkriegszeit ist eingezogen. Das Hinterhofschloß beherbergt das Katasteramt, eine Damenschneiderei, einen Schuhmacher und einen Sattler. Das Vorderhofschloß kam 1885 in den Besitz der Stadt: dort befinden sich die Magistratsräume. Ein Flügel ist jetzt recht geschickt zum Feuerwehrturm ausgebaut worden. An die Dieskau-Zeit erinnert noch die „Kurtzburg“ in der Schloßstraße, ein 1550 errichtetes Gebäude, das ein schönes Portal mit Eignissen aufweist. Das Schloß liegt am Ende des vom Bahnhof mit anfänglicher Krümmung sich durch die Stadt erstreckenden Strahenzuges, der naturgemäß auch eine Berliner Straße aufweist. Er führt über den großen Marktplatz, an dessen Ende sich das Rathaus erhebt, ein rechtstetiger Bau mit hohem Satteldach und zierlichem Dachreiter mit offener Laterne und geschwelter Haube. Hinter dem Rathaus ist wieder ein kleiner Platz, und hinter einem schmalen Rechteck von Häusern folgt die von allen Seiten dicht von Gebäuden umgebene Kirche, deren gegenwärtige Gestalt — dreischiffige Hallenkirche mit dreistufigem Chorabschluss und einem in der Ecke der Westfront angebrachten schmaleren Turm — auf dem Umbau von 1580 bis 1618 beruht. 1881 erfolgte eine dem damaligen vernunftwidrigen Kunstgeschmack entsprechende Erneuerung, welche die alten Ausstattungsstücke wenig pietätvoll behandelte. Wie aus den mitgeteilten Jahreszahlen hervorgeht, fiel der Umbau in die glanzvolle Dieskau-Zeit, und so finden sich in der Kirche bemerkenswerte Dieskausche Grabmäler, gegenwärtig im Chor, halb von dem Gestühl verdeckt, aufgestellt. Im 17. und 18. Jahrhundert kamen dazu Denkmäler der Patrizierfamilien: an der Außenwand der Kirche befinden sich zahlreiche, stark erweiterte Grabplatten. Schön ist die Sandsteintafel, die von einer Majestät getragen wird, 1615 von den Dieskaus gestiftet. In den Häusern der Marktumgebung — die charakteristischen Straßennamen: Große, Kleine Ringstraße, Grabenstraße usw. zeigen diesen alten Kern — ist noch manches malerische Detail zu entdecken: der Rhythmusstandpunkt, den die Bewohner von jeher walten lassen mußten, hat allerdings keine besonderen architektonischen Schönheiten hervorgebracht; einige Versuche, bei Neubauten im Stadtbau modern-progig zu bauen, werden hoffentlich vereinzelt bleiben.

## Das neue „rote“ Finsterwalde.

Mit Zahlen kann man bekanntlich alles beweisen, aber wenn sie so charakteristisch sind wie hier, so beweisen sie in der Tat etwas: 4000 sozialdemokratische Stimmen gegen 2000 aller übrigen Parteien, und in kommunaler Hinsicht 12 sozialdemokratische Stadtparteiordnungen gegen 2 kommunistische und 10 mehr oder weniger rechtsgerichtete und als Bürgermeister unseren Genossen Dr. Drowatzki. Ein reges politisches und geistiges Leben ist vorhanden: an den Wahlen nehmen etwa 95 Proz. der Wähler teil. Seit einem Jahre besteht ein dreimal wöchentlich erscheinendes sozialdemokratisches Blatt, das „Volksblatt für Finsterwalde“. Die Arbeiter — 1000 in den drei großen Tuchfabriken, 100 in der Schraubenfabrik, 400 in den zwei großen Fahrradfabriken, dann die in Tischlereibetrieben, im Tabakgewerbe, in der Glashütte im nahen Röllsen, endlich die zur Arbeit im benachbarten Braunkohlengrubengebiet fahrenden — sind in der weitaus größten Zahl treue Parteianhänger; der Kommunismus hat hier keinen günstigen Boden. Die kommunale Tätigkeit ist vorbildlich zu nennen. In den letzten Jahren sind je 40-50 Wohnungen bereitgestellt worden, eine Kriegsgeschädigtenfiedlung begonnen, die Kanalisation — bekanntlich eine der wichtigsten Stadtforderungen — zum großen Teil durchgeführt, dazu kommen Pläne, die das geistige Leben aufs günstigste beeinflussen werden. Das Rathaus soll zu einem Volkshaus umgestaltet und der weite Marktplatz in den Dienst des Volkes gestellt werden, derart, daß sich wirkliche Volksfeste auf ihm abspielen können. Ein Versuch in diesem Jahre, den Verfassungstag zu einem wirklichen Volkstag, besonders für die Schuljugend, zu gestalten, ist durchaus geglückt. Mit Nachdruck sei noch hervorgehoben, daß der mit Anlagen gesäumte Platz an dem Wasserturm, in der Nähe des Bahnhofs, den Namen Friedrich-Ebert-Platz erhalten hat. — Für Sportbetätigung steht ein 12 Morgen großer Sportplatz am Stahnsdorfer Weg zur Verfügung, Ruffit wird in hartem Maße gepflegt. Die Volkshöhle bietet Vorstellungen des Ostdeutschen Landestheaters.

Die Genügsamkeit der bodenständigen Arbeiter hat Finsterwalde in früheren Jahren zu dem gemacht, was es heute ist. Hoffen wir, daß die neue Zeit, die das Gefühl für Menschenwürde in allen Kreisen unseres Volkes geweckt hat, die Wünsche aller Beteiligten erfüllen möge. Anfüge dazu sind in Finsterwalde in reichem Maße vorhanden.

# Das unbegreifliche Ich.

Geschichte einer Jugend.

Roman von Tom Kristensen.

(Berechtigter Uebersetzung aus dem Dänischen von F. C. Vogel.)

Ich mußte recht fest geschlafen haben, denn als ich wieder erwachte, in allen Gliedern steif, spürte ich einen feuchten Duft von Erde in der Nase. Ein rieselnder Laut ging durch die Hecke, und der Weg war dunkel und glänzte. Es regnete. Mühsam stand ich auf und ging zu einem kleinen, strohgedeckten Bauhaus hin. Ohne recht zu überlegen, was ich tat, öffnete ich eine Tür und ging auf das Haus zu, um mich unter die Dachrinne in Schutz zu stellen. Die herabströmenden Regenschauer tönten bis tief in mein Inneres hinein. Ich war wehrlos gegen alle Eindriffe. Mir war, als ob ich der Regen wäre, und wenn ich auf die schrägen Regenstreifen starrte, stieg ich zu den dunklen, zerrissenen Wolken, die untereinander dahinjagten, in die Höhe. Ich war die Wolken. „He, du da, mit deinem nassen Schwarzbrod unter dem Arm!“ höhnte eine Stimme. Ein runder Kopf mit einem breiten, fast stachen Schädel und dünnem hellen Haar wurde zum Fenster herausgesteckt. Er wirkte furchtbar wie ein Eierkopf, der sich in nächster Nähe neben meinem Gesicht befand. „Schwarzbrod!“ grinste er. Ich stand mit meinem Rest Schwarzbrod unter dem Arm. Es war wie ein lebendes Wesen, und deshalb drückte ich es fest an mich. „Sieh doch nicht so böse aus. Laß das sein. Sonst komme ich bloß hinaus und dann würde unsere Freundschaft bald ein Ende nehmen!“ brummte er, und die kleinen blauen Augen lauerten tief drin in dem massiven Schädel. „Kannst du mich nicht in Frieden unter deiner Rinne stehen lassen?“ antwortete ich müde. Ich brachte es nicht einmal fertig, Dachrinne zu sagen. Er zeigte die Zähne und lachte. „Du bist nicht zu knapp frech; doch du bist nicht frech genug! Weshalb gehst du nicht einfach ins Haus und schmeißt mich raus?“ fragte er. Ich öffnete die Tür und ging in ein kleines Zimmer herein. Es standen nur ein eisernes Bett, ein hölzerner Tisch und zwei Stühle darin. An den Wänden hingen ein paar Malereien in schreienden Farben. Der Boden war mit Farbenflecken bedeckt. „Bist du ein Genie?“ höhnte ich. Ich war von seiner

Stimme angesteckt worden. Ich war alles, was ich traf, so müde war ich. „Ja, mindestens, und du bist Schwarzbrodfabrikant. Sieh dich hin und tu, als ob du zu Hause wärst. Wenn du fünf Stunden lang das Maul halten kannst, magst du meinetwegen hier bleiben.“ „Danke!“ antwortete ich demütig. Sagt du obendrein dankt! Solche Frechheit! Ra, mich schert das nichts weiter. Pah auf, daß du dich nicht an deinem Schwarzbrod verheißt.“ Ich ließ das Brod auf den Tisch schlagen und fiel auf einen Stuhl zusammen. „Ich heiße Raavad, damit du es weißt, und nun weißt du wohl auch, wer ich bin?“ „Ra!“ Raavad krümmte sich vor Lachen und kratzte sich die Ellenbogen. „Da hört doch alles auf! Das ist denn doch zu toll! Dann kennst du wohl auch nicht Michel Angelo oder Christian den Zehnten? Du mußt lange fortgewesen sein!“ Er schüttelte den Kopf. Darauf wandte er sich zu einer Leinwand hin und betrachtete sie sich eine Weile. Es waren ein paar blaue Baumstämme. „Sieh mal, das ist Kunst, nicht? Das ist ein schrecklicher Mist, verstehst du, aber unsere idiotische Gegenwart kann, zum Donnerwetter noch mal, trotzdem das nicht besser machen.“ Dann pfiff er, ging hin und wühlte unter einigen verbogenen Tuben in einem Malkasten herum. Endlich entschloß er sich, nahm eine Tube mit blauer Farbe, drückte sie auf der Leinwand aus und setzte den Daumen mitten hinein. Ein Schwung, und ein neuer dunkelblauer Zweig schlängelte sich in den lichten Himmel hinaus. „Sieh mal, das würde eine verdammte Sauerei sein, wenn es nicht genial wäre!“ brummte er und drehte sich um. „Du bist in einer Stube mit einem Genie, das ist dir wohl noch nicht ganz klar. Du glaubst vielleicht, Genies wären Männer mit Bärten, solche richtigen Künstler, was, die über Stimmung reden.“ „Ich glaube überhaupt nichts“, antwortete ich schlaff. „Ach, hör damit auf. Du machst dir was aus Stimmung. Das sieht man dir schon an den Augen an; aber Stimmung ist Kitsch.“ Er fing an auf und ab zu gehen, und jedesmal, wenn er an eine Wand kam, wischte er seinen Daumen daran ab. Es waren ringsumher im Zimmer lange, blaue Striche.

„Heel“ grinste er vor sich hin, „kannst du mich nicht in Frieden unter deiner Rinne stehen lassen! Hee, das war nicht übel gesagt! Wie heißt du?“ „Rasmussen!“ „Rasmussen! Ra, aber nun höre mal, so kann man nicht heißen, unmöglich. Was willst du damit anfangen? Und dann heißt du vielleicht auch noch Alexander, was?“ „Nein, Waldemar.“ „Zu Hilfe, das ist ja gräßlich! Waldemar Rasmussen! Das ist doch kein Name für einen lebendigen Menschen! Donnerwetter nein, du mußt einen anderen Namen haben! Walras, Walraun, Marmus, Markmus — das geht nicht. Warte mal, Schwarzbrod, Waldemar Schwarzbrod, der Teufel soll mich holen, ja, Waldemar Schwarzgau, ja, das klingt verdammst adlig! Was bist du, Schwarzgau?“ „Ich sollte Zigarrenhändler werden — —“ „Du solltest Zigarrenhändler werden, großartig. Du hast was Geniales an dir. Du hast übrigens Erde im Gesicht; aber ich wagte es nicht, dir zu sagen, sonst hättest du es bloß abgewischt. Wo wohnst du?“ „Nirgend. Auf den Haustreppen!“ „Famos, famos! Ein Glück, daß du hier reingekommen bist. Ich kenne einen furchtbaren Snob, einen Ingenieur. Börgesen heißt er, ein Geizhals, ein Idiot, der Bilder sammelt. Er hat verschiedene meiner Sachen gekauft, natürlich viel zu billig, und dann behauptet der Idiot noch dazu, mir fehle Primitivität. Er sucht nach einem Urgenie unter der jungen Generation, der Idiot! Verdammst noch mal, das wäre ein Geschäft für dich!“ Ich sah und döste vor mich hin. Zuweilen hob ich den Kopf und sagte müde: „Ich verstehe nicht. Ich verstehe nicht.“ „Was, verstehen? Glaubst du, Urgenies verstehen etwas? Du wurdest bloß irgend etwas zusammen. Nicht was Richtiges, sondern was du geträumt hast. Was ganz Unverständliches. Was hast du denn anders in deinem stumpsinnigen Gehirnkasten drin? Steigen nicht, wenn du die Augen schließt, in deinem ekelhaft dunkeln Grips alle möglichen Farben auf? Schmeiß sie doch auf die Leinwand, zum Teufel!“ Raavad fing an im Zimmer herumzusuchen. „Hier ist es“, brummte er und zog ein Stück Leinwand auf einem Blendrahmen unter einem Haufen Sachen hervor. „Darauf sollst du was malen, sonst kriegst du Keile!“ zischte er, während er die Leinwand aufstellte. (Fortsetzung folgt.)

## Der Magistrat als Futterkrippe.

### Der Kampf um den Stadtschulrat.

In einem Schmähblatt, sondersgleichen, das die Deutsche Volkspartei zum Stadtordeordnetenwahlkampf verbreitet, wird in großer Aufmachung das sehr richtige Schlagwort unterstrichen: „Der Magistrat soll keine Futterkrippe sein!“ Die Volksparteier haben dabei offenbar an sich und ihren Herrn Beneke gedacht. Der Versuch, diesem Herrn die Stadtschulratsstelle von Groß-Berlin zuzuschreiben, ist bekanntlich gescheitert. Jetzt droht Herr Beneke ein fürchtbares Geschick. Nachdem er fünf Jahre lang besoldeter Stadtrat in Berlin gewesen ist und sich bei der Gelegenheit von seinem Amt als Studienrat so lange hat beurlauben lassen, besteht jetzt die sichere Aussicht, daß er nach der Neuwahl überhaupt nicht mehr in den Magistrat zurückgekehrt. Die Volksparteier wollen ganz genau, daß sie bei der Neuwahl mindestens halbiert werden. Zur Besetzung einer unbesoldeten Stadtratstelle, die bekanntlich nach der Verhältnismäßigkeit erfolgt, sind aber mindestens 18 Stimmen notwendig. Es besteht die Gefahr, daß die Volkspartei mit ihren 35 Mandaten auf 15 zusammengehauen wird. Dann wäre es mit der Herrlichkeit des Herrn Beneke vorbei. Der arme Mann müßte als ganz gewöhnlicher Studienrat an seine Schule zurückkehren und wieder, wie andere Sierdliche, Unterricht erteilen. Das wäre unter allen Umständen verhängnisvoll. So munkelt man denn hinter den Kulissen des Magistrats von allerhand Dingen, die sich vorbereiten. Herr Beneke soll kurz vor Lorenzschluß zum städtischen Beamten und zum Deputierten für das höhere Schulwesen ernannt werden. Das ist sozusagen beste Illustration zu der schönen Parole von der Futterkrippenwirtschaft. Die Heuchler der Rechtsparteien verstehen darunter nur, daß sie mit ihren hochwürdigen und arroganten Vertretern allein alle maßgebenden Posten zu besetzen haben. Ueber den Herrn Studienrat Beneke wird uns im übrigen aus der Stadtordeordnetenfraktion geschrieben:

Bei der Vorbereitung der Wahl des Berliner Stadtschulrats waren die bürgerlichen Fraktionen mit der Sozialdemokratie darüber einig, daß für diesen Posten nur ein Mann in Betracht kommen könnte, der mindestens unter den Redizimern einen wissenschaftlichen Ruf genießt. Diese Forderung ist auch an den Stadtschulrat gestellt worden, der bekanntlich erst von der neuen Stadtordeordnetenversammlung gewählt werden wird. Gerade die Parteien der Rechten verlangten eine wesentliche Erhöhung des für diese Stelle vorgesehenen Gehalts, weil sich sonst nicht Kräfte ersten Ranges bewerben würden. Um so erstaunlicher ist es, daß dieselben Posten zum Leiter des Schulwesens einen Mann auszuwählen haben, der in den pädagogischen Kreisen außerhalb Berlins vollständig unbekannt ist, der den Durchschnittsphilologen nicht im geringsten übertrifft. Münchens Stadtschulrat war viele Jahre hindurch Kerschstein, der auf dem Gebiete des Fach- und Fortbildungsschulwesens, der Staatsbürgerkunde und des Arbeitsunterrichts in ganz Deutschland unbestritten als Autorität gilt. Der Mannheimer Stadtschulrat Sickingen hat sich dadurch einen Namen gemacht, daß er in den Volksschulen die Kinder nach ihrer Leistung und ihrer Begabung in besonderen Abteilungen gruppierte; in verschiedenen Städten ist dies Mannheimer System nachgeahmt worden, z. B. in Charlottenburg. Lübeds Stadtschulrat war lange Professor W. G. r. a. m., dessen pädagogische und schulpolitische Ansichten von den unsrigen durch eine Kluft getrennt sind, von dem wir aber nicht bestreiten, daß es als Pädagoge einen Ruf besitzt und schon behalt, als er noch Lübeck berufen wurde. Sogar der Potsdamer Stadtschulrat D. h. m., der von den Parteien der Rechten leider aus politischen Gründen abgebaut worden ist, ist als pädagogischer Schriftsteller und als Leiter der Zeitschrift „Die gemeinliche Schulverwaltung“ bekannt. Aus denselben Erwägungen erwählten sich die beiden sozialdemokratischen Fraktionen vor fünf Jahren für die Wahl Paulsens, da dieser in der gesamten deutschen Volksschullehrerschaft seit vielen Jahren einen Ruf hatte und in den Hamburger Lebensgemeinschaftsschulen etwas Neues geschaffen hat. Aber die Hauptstadt des deutschen Reiches soll jetzt von den Parteien der Rechten dadurch degradiert werden, daß diese an den Leiter ihrer Schulen, deren Zahl sich fast auf tausend beläuft, geringere Ansprüche stellen, als Mannheim, Lübeck und Potsdam.

Wer also die Schulen der Viermillionenstadt vor Herrn Beneke bewahren und ihnen nicht eine geringere Bedeutung wie denen Münchens, Mannheims, Lübeds und Potsdams beimessen will, muß am 25. Oktober seine Stimme der Sozialdemokratie geben.

## Die Bäckermeister beschwerten sich.

### Gegen das „beleidigende“ Vorgehen der Polizei.

Am Donnerstag fand, wie bereits angekündigt, vor der mittleren Preisprüfungsstelle eine Besprechung statt, in der sich, nach Meldung der H. S. Korrespondenz, die Vertreter des Zweverbandes der Bäckermeister Groß-Berlins vor allem gegen die am Mittwoch durchgeführte „beleidigende“ Razzia, durch die das Gewerbe „vor der Öffentlichkeit herabgesetzt wurde“, wandten und dagegen Einspruch erhoben.

Des weiteren protestierten die Vertreter der Bäckermeister gegen angebliche Übergriffe einer Reihe von Beamten bei der Razzia. Viele der Beamten hätten nämlich die Bäckermeister eingehend verhört und sich die Preise für das Mehl sowie die Bezugsquellen sagen lassen. Ferner wurde in der Besprechung darauf hingewiesen, daß der Reichsernährungsminister vor acht Tagen anerkannt habe, daß das Bäckergewerbe keine Veranlassung zu Klagen gäbe, während man jetzt einen Etat von 400 Beamten einsetze, um gegen friedliche Gewerbetreibende in einer Art vorzugehen, die sonst nur Verbrechern gegenüber angewandt werde. Die Vertreter der Bäcker forderten, daß man ihnen das Material vorlege, das zu diesen Maßnahmen Anlaß gegeben habe, sowie dasjenige, das bei den angeführten Ermittlungen gefunden worden ist. Des weiteren wurde Beschwerde dagegen erhoben, wie die Pressestelle des Polizeipräsidenten von den polizeilichen Maßnahmen der Deffenlichkeit Mitteilung gemacht hat. Der Vorsitzende der mittleren Preisprüfungsstelle Dr. S. d. h. m. erwiderte auf diese Ausführungen und bedauerte es, wenn Übergriffe vorgekommen sein sollten. Die Veranlassung zu den polizeilichen Maßnahmen habe ein Beschluß der Konferenz der Preisprüfungsstellen gegeben, nach dem auf Grund statistischer Erhebungen das durchschnittliche Brotgewicht in Groß-Berlin festgestellt werden soll.

In sich ist nicht einzusehen, aus welchem Grunde ein solches Vorgehen der Polizei „beleidigend“ sein soll. Hätte nämlich die „Razzia“ ergeben, daß das Brotgewicht niemals unterschritten wurde, dann wäre das doch sehr ehrenvoll für das ganze Bäckergewerbe gewesen. So aber haben diejenigen, die es verstanden mehr Beute als die anderen aus der gleichen Mehlmenge zu gewinnen, dem ganzen Stande geschadet. Und, wenn das Vorgehen der Polizei, das in weitesten Bevölkerungskreisen begrüßt wurde, bewirkte, daß gegen gutes Geld auch stets ehrliches Gewicht geliefert wird, dann stände es um des Ansehens der Bäckermeister sicherlich nicht schlecht und nichts gäbe es, was ihren Stand „beleidigen“ könnte.

Zu der Meldung, daß der Zweverband der Bäckermeister Groß-Berlins sich gegenüber der Preisprüfungsstelle auf das Anerkenntnis des Reichsernährungsministers berufen habe, wonach das Bäckergewerbe keine Veranlassung zur Klage gäbe, wird vom Reichsernährungsministerium folgendes mitgeteilt: Allerdings hat das Reichsernährungsministerium für Ernährung und Landwirtschaft des öfteren zum Ausdruck gebracht, der Preispreis in Groß-Berlin gehe im allgemeinen zu Beanstandungen keinen besonderen Anlaß, und habe sich den Schwankungen der Mehlpreise im wesentlichen angepaßt. Bei diesen Erklärungen ist aber immer von den Zahlen ausgegangen

morden, die der Zweverband als Spitzenorganisation der Berliner Bäckerinnungen dem Reichsernährungsministerium amtlich als die tatsächlichen Brotgewichte unterbreitet hat und die sich ständig innerhalb der nach den Richtlinien der Preisprüfungsstellen zulässigen Grenzen hielten. Es ist aber vom genannten Ministerium in Uebereinstimmung mit vielfachen Beschwerden auch in Tageszeitungen den Spitzenverbänden der Bäcker gegenüber wiederholt nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß offenbar für einen nicht unerheblichen Teil der Bäcker, die vom Zweverband mitgeteilten Zahlen nicht zuträfen. Nach dem Ergebnis der inzwischen durchgeführten polizeilichen Nachprüfung scheinen diese Beschwerden tatsächlich in weitestem Umfange begründet zu sein.

## Ein netter Dreiebund.

### 140 000 Mark unterschlagen.

Im Augenblick hat das Schöffengericht Berlin-Mitte eine Art Hochsaison in Unterschlagungen und Veruntreuungen. Gestern hatten sich wieder ein Direktor Theodor Sch., ein Buchhalter Willi E. und der Expedient Karl R. wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung vor dem Richter zu verantworten.

Die drei Angeklagten haben sich zu einem richtigen Feldzug an Betrügereien gegen die Versicherungsgesellschaft „Deutscher Lloyd“, deren ausgiebiges Vertrauen sie besaßen, zusammengetan. Der Direktor und der Buchhalter leisteten Unterschriften für alle aus-

## Wähler-Rundgebungen

### heute, Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr:

Kauksdorf-Süd: Restaurant Jägerheim.

Biesdorf: Porath, Ratzahner Straße 31.

Redner: Erna Krefke, Käming.

### Sonntag, den 18. Oktober:

Röpenid-Müggelheim: Nachmittags 3 Uhr, Lokol Kellermann, Müggelheim.

Marzahn: Nachmittags 3 Uhr, Schule.

Malchow: Nachmittags 5 Uhr, Gasthof.

Weißensee: Nachmittags 2 Uhr, Varienbergl, „Zum goldenen Stern“.

Niederschönhausen: Abends 7 Uhr: Rosenthal-Dorf, Bruseberg, Hauptstraße.

Redner: Grohmann, Hermes, Klodt, Polenste.

### Tagesordnung:

## Der Kampf um das rote Haus.

gehenden Postchecks. In ihre Hände gelangten also täglich Anweisungen über erhebliche Summen Geldes, die sie vom Postcheckamt abholen ließen. Statt aber den ganzen Betrag an die Kasse abzuführen, behielten sie sehr oft kleinere und größere Beträge für sich zurück, die sie dann untereinander teilten. Diese Unterschlagungen wären aber unmöglich gewesen, wenn nicht der mit der Abholung der Gelder beauftragte Expedient Karl R. ins Vertrauen gezogen worden wäre. Leider ließ sich dieser allzu willig sofort darauf ein und erhielt dafür ein Drittel der veruntreuten Gelder. Um eine Entdeckung möglichst lange zu verhindern, fälschte der Buchhalter E. die am nächsten Tage eingehenden Kontostauszüge des Postcheckamts durch geschickte Kadierungen. Die Handlungsweise der Drei ist um so unverständlicher, als auch nicht ein einziger von ihnen in irgendwelcher Notlage war. Sie alle bezogen ein auskömmliches Gehalt. Sch. gab in der Verhandlung unumwunden zu, daß er täglich allein 60 Mark vertrunknen, das übrige Geld aber verwettet habe. Die anderen beiden vervollständigten ihre Briefmarkensammlungen und kauften sich Gegenstände für die Wirtschaft. Erst als die Höhe der Unterschlagungen bereits 140 000 Mark betrug, wurden die Beschuldigten durch eine unvermutete Revision erwischt. Die Gesellschaft wollte den ungetreuen Angestellten eine gerichtliche Bestrafung ersiporen, entließ sie nur und verlangte ratenweise Zurückzahlung des unterschlagenen Geldes. Aber durch einen seltsamen Zufall erhielten andere Leute davon Kenntnis und machten eine anonyme Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, die das Strafverfahren einleitete. Das Gericht ging mit den geständigen Angeklagten ziemlich milde um und verurteilte jeden von ihnen zu 9 Monaten Gefängnis.

## Ein ehrlicher Bürger!

Gestern abend machte ein Mann in der Adamstraße zu Spandau einen Schuppelbeamten auf einen Menschen aufmerksam, der durch sein Gebahren auffiel. Beide folgten den Spuren, doch der Verdächtige war verschwunden. Als man nach ihm Umschau hielt, entdeckte man, daß in dem Hause Adamstraße 5 das Parterrefenster des dort befindlichen Herrengarderobengeschäfts eingebrochen war. Der Beamte stieg in Begleitung des Mannes durch das Fenster in den Laden. Im Nebenzimmer bemerkten sie einen Bleischein. Als man die Tür öffnete, sah auf einem Stuhl ein bis auf die Unterhosen ausgezogener Mann, der im Begriff war, sich einen neuen Anzug anzuziehen. Verärgert über die Störung, schrie er den Beamten an: „Scheren Sie sich raus und belästigen Sie einen ehrlichen Bürger nicht!“ Auf die Entgegnung, daß das Fenster auf sei, sagte er: „Das geht Sie gar nichts an. Entfernern Sie sich gefälligst, aber plötsch!“ Den Gefallen tat ihm nun zwar der Beamte nicht, sondern er forderte ihn auf, mit zur Wache zu kommen, veranlaßte ihn auch, die auf dem Erdboden liegenden alten Kleidungsstücke anzuziehen. Auf der Wache wurde der „ehrlische Bürger“ als ein schon vorbestrafter Schneider S. Korst aus Berlin festgehalten. In dem Verhör gab er dann auch zu, daß er eingestiegen sei, um zu stehlen und sich zuerst mit vor allen Dingen einmal einen neuen Anzug zu „verpassen“.

„Hausgehilfin“ — „Hausangestellte“. Bei der Beitragsüberwachung ist festgestellt worden, daß vielfach auf Bezugsarten für Köchinnen, Stützen, Hausmädchen, Kinder-mädchen usw. als Berufsbezeichnung „Hausangestellte“ angegeben ist, während diese Beschäftigten unter den Begriff „Hausgehilfin“ fallen. Zur Vermeidung von Irrtümern über die Versicherungsangehörigkeit bestimmt, wie der Amtliche Preussische Pressedienst

## Das Rundfunkprogramm.

### Sonnabend, den 17. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
4 Uhr nachm.: Onkel Doktor als Märchenerschler: „Die kauzule Grate“ (erzählt von Dr. med. E. Moscheker). 4.30-5 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Percy Kaufman. 6.45-7.35 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). 6.45 Uhr abends: Abteilung Spiel und Sport. Walter Grund: Eislaufen im Freien und in der Halle. 7.15 Uhr abends: Abteilung Sprachunterricht. Esperanto (Direktor Julius Glück). 7.45 Uhr abends: Leopold Lehmann: „Im schönsten Tropenstaat der Welt“. 8.30 Uhr abends: Konzert. 1. Bruch: Adagio. 2. J. Suk: Quasi Ballata. 3. J. Suk: Appassionata. 4. J. Suk: Un poco triste. 5. J. Suk: Burleska (Simon Goldberg, Violine). Am Flügel: Bruno Seidler-Winkler 9-10 Uhr abends: Lustiges Wochenende. 10 Uhr abends: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30-12 Uhr abends: Tonmusik.

mittelt, der Wohlfahrtsminister in einen Erlaß an die Regierungspräsidenten usw., daß künftig neben der eigentlichen Berufsbezeichnung (wie Köchin, Stütze usw.) für die Quittungsorten der Invalidenversicherung nur die Bezeichnung „Hausgehilfin“ für die Versicherungsarten der Angestelltenversicherung „Hausangestellte“ gewählt werden darf.

## Ein gefittener Schwindler.

### Strafverfahren wegen vierzig Diebstähle.

Gegen den beschäftigungslosen Bernhard Niederowicz schwebt gegenwärtig ein Strafverfahren wegen nicht weniger als 40 Diebstählen. Unter einem falschen Namen hatte sich Niederowicz in Hotels, meist ersten Ranges, einquartiert und von seinem Zimmer aus Raubzüge verübt. Meistens trat er mit hochtönenden Titeln auf und legte sich auch den Doktorgrad bei.

Als Mann von großer Intelligenz und Gewandtheit war es dem „Doktor“ gelungen, sich mit der Schwester eines Arztes in einem Berliner Vorort zu verloben. Die Familie hatte natürlich keine Ahnung, daß R. bereits unzählige Male in Gefängnissen und Zuchthäusern gewesen war. Seit dem Jahre 1908 war er mit kurzen Unterbrechungen fast ständig hinter Schloß und Riegel gewesen. Einmal hatte er sogar vier Jahre Zuchthaus erhalten. Seine letzte Freiheitsfrist hatte er zu den Hotel-diebstählen benutzt, derenwegen er demnächst abgeurteilt werden wird. Jetzt hatte er ein kleines Strafkonto vor dem Schöffengericht Mitte wegen eines raffinierten Kreditbetruges, dessen Schauplatz auch wieder ein Hotel unter den Linden war, auszu-gleichen. Er war eines Tages in einem Geschäft in der Reiziger Straße erschienen und hatte sich einen Anzug, Mantel und Wäsche bestellt, so daß er sich von Kopf bis zu Fuß neu einleiden konnte. Die gekauften Sachen sollten von einem Hausdiener in dem Hotel unter den Linden abgeliefert werden, wo dann auch gegen Quittung Zahlung erfolgen sollte. Niederowicz verstand es, dem alten Hausdiener in der Halle des Hotels das Paket abzunehmen und ihn warten zu lassen. Inzwischen war er aber durch einen Neben-ausgang in ein in dem Hotel befindliches Blumengeschäft getreten und hatte den Ausgang auf die Straße genommen, wo er dann verduftete. Gefängnisarzt Dr. Bürger begutachtete die Minderwertigkeit des Angeklagten und führte an, daß Niederowicz im Gefängnis stark simuliert hätte, und daß er die Diebstähle nach seiner eigenen Angabe unter einem unübersehbaren Zwange verübt haben will. Der Diebstahl wirkte angeblich auf ihn so aufreizend, wie bei einem anderen Kokain und Mor-phium. Obwohl der Staatsanwalt Niederowicz wiederum ins Zuchthaus schicken wollte, erkannte das Schöffengericht wegen dieses Falles nur auf ein Jahr Gefängnis.

## Das chemisch-elektrolytische Feilenschärfverfahren.

Eine in der Alten Jakobstraße gelegene Firma Benker suchte kürzlich in zahlreichen Inseraten im „Automarkt Böhm“ und im „Maschinenmarkt Böhm“ Interessenten für Lizenzen eines angeblich ganz neuen, patentierten und unfehlbaren „chemisch-elektrolytischen Feilenschärfverfahrens. Auf die martialisierenden Anpreisungen ließen Laien und Sachverständige herein und zahlte zum Teil namhafte Eisenwerte erwarben die wertlosen Lizenzen für Beträge von 1000 bis 4000 M. Die Inhaber der betrügerischen Firma, Walter John und Georg Hendemann, sowie deren Proturist Rigel standen nun vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter der Anklage des Betruges. In einer mehrstündigen Beweisaufnahme kam das Gericht zu der Auffassung, daß es sich um ein seit Jahren bekanntes Reinigungs-, aber nicht um ein Schärfungsverfahren handele und daß Hendemann als der kaufmännisch versierte Leiter des Unternehmens für den verübten Betrug verantwortlich sei. Mit einer billigen Drahtbürste hätte man das gleiche erzielen können wie mit dem unter hochtrabendem Namen angepöbelten Verfahren. John und Rigel wurden als sachuntunliche Gehilfen und Beifasene des Hendemann freigesprochen; Hendemann erhielt eine Geldstrafe von 4000 Mark.

## Rundgebung des österreichisch-deutschen Volksbundes.

Der österreichisch-deutsche Volksbund veranstaltete am Donnerstagsabend im Vereinshaus deutscher Ingenieure in der Friedrich-Ebert-Straße einen Vortragsabend, bei dem an Stelle des durch Krankheit verhinderten Abg. Ruzsike, Professor Dr. Hohmann-Potsdam über die Einträge und Resultate der Anfang September unter Führung des Reichstagspräsidenten, Genossen Böbe, veranstalteten Oesterreichreise sprach. Der Redner gab eine Schilderung des elementaren Widerstands, die die große Ansprache Böbes vor und im Rathaus von Wien bei den vielen Tausenden verammelten Massen fand. Er schilderte die Wirkung dieses Freundschaftsaustausches bis in die fernsten und entlegensten Dörfer Niederösterreichs, die aller ohnmächtiger Haß einer kleinen verblendeten Gruppe von monarchistischen Anschlußgegnern nicht abschwächen konnte. Im Anschluß daran sprach der demokratische Abgeordnete Heile einige Worte, die die europäischen Auswirkungen der Oesterreichreise aufzeigten und in der Hoffnung gipfelten, daß auch die Entente die Unmoral dieser erzwungenen Trennung zweier Brudervölker über kurz oder lang erkennen solle. Dr. Ruzsike, der Vorsitzende des Volksbundes, richtete zum Schluß einen Appell an die Versammelten, sich mit aller Energie hinter die Bewegung zu stellen und durch eifrige Mitgliederwerbung ihre Mitgliederzahl zu vervielfachen. Er wandte sich sodann in heftiger Polemik gegen den österreichischen Außenminister Kataja, der ein Verräter an der großen Anschließsache sei.

Die Akademischen Wohnungsämter wenden sich wiederum an die gesamte Berliner Einwohnerschaft mit der herrlichen Bitte, ihnen gute, brauchbare und preiswerte Zimmer für die Studenten zu überlassen. Die Wohlhabenden, die nicht auf Verdienst aus der Vermietung angewiesen sind, werden gebeten, für die ganz bedürftigen Studierenden unentgeltliche Zimmer oder solche gegen geringes Entgelt zur Verfügung zu stellen. Auch Zimmer gegen Nachhilfeunterricht, Braufälligung der Schularbeiten oder sonstige Gegenleistungen werden dringend benötigt. Angebote nehmen entgegen: Die Akademischen Wohnungsämter der Universität, Zimmer 26/27, Fernsprecher: Zentrum 100 80, und der Technischen Hochschule, Zimmer 187, Fernsprecher: Steingäß 9000.

Englische und französische Sprachkurse. Die Anmeldungen zu den neuen Anfängerkursen für Erwachsene (Abendunterricht) und Kinder (Nachmittagsunterricht) finden statt vom 19. bis zum 24. Oktober von 5-8 Uhr abends bei Genosin Doh, W. 50, Spichernstr. 16, Gartenhaus 3 Tr. Teilnehmer mit Vorkenntnissen können jederzeit Mitteltüren beitreten. Anmeldungen auch schriftlich. Sprachschule für Proletariat.

## Odol

### der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht.

Wieviel Veränderungen auf allen Gebieten haben wir seit Beginn des Jahrhunderts erlebt! Neue Richtungen sind gekommen und gegangen. Aber weder Zeit noch Mode haben an der überragenden Stellung des Odol etwas geändert. — Besseres ist nicht gefunden worden. Nach dem heutigen Stande der Wissenschaft ist Odol das Mittel zur Pflege von Mund und Zähnen.

Der Potsdamer Wunderdoktor.

Er heilte alles und war „von Jesu gesandt“.

Vor dem erweiterten Potsdamer Schöffengericht fand unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Westerkamp die Verhandlung gegen den angeklagten Schweizer Arzt Berner Hauser statt...

Der Angeklagte betrachtet sich als „von Jesu gesandt“ und als Bekämpfer des vor zwei Jahren freigegebenen Heilmittels Insulin, das gegen Diabetes angewendet wird...

Ein republikanischer Tag findet am Sonntag, den 18. Oktober, in Tellow statt, dem heute Sonnabend abend bereits eine Vorfeier mit Fackelzug vorausgeht.

Ein alter Kämpfer Genosse August Kleemann, Pichtenberg, Gröbbitzstraße 18, wird am 17. Oktober 60 Jahre alt. Er ist einer von denen, die sich schon mit jungen Jahren mitten in das Kampfgeschehen der Arbeiterbewegung begeben...

Wahlgenossenschaft der Kinderfreund. Grenzauer-Berg, Deute, Sonnabend, 17. Oktober: Elternabend in der Aula Großesgauer Str. 58. Gäste herzlich willkommen.

Die „Ecke-Sänger“ beschließen ihrem Publikum mit dem guten reichhaltigen Oktoberprogramm einige angenehme Stunden. Der Clou des Abends ist ein Volkstanz „Wendisches Bild“ in zwei Akten...

Die Tschechoslowakei fördert den Fremdenverkehr...

Aus Prag wird folgendes gemeldet: Kürzlich wurde mitgeteilt, daß laut Zusage der Verwaltung der staatlichen Wälder und Güter in Oberösterreich die deutschen Begleiter entfernt werden müssen...

zahlend. Die „Bohemia“ schreibt dazu: „Von der Anbringung zweisprachiger Tafeln enthält die Verfügung kein Wort. Der Erfolg dürfte den beabsichtigten Zweck, den letzten deutschen Gast vom Besuche der tschechisierten Gebirgswirtschaften abzuhalten, sicher erreichen.“

Der Rhönwettbewerb 1926 - ein Versuchswettbewerb.

Im Juni nächsten Jahres soll in der Rhön ein Versuchswettbewerb stattfinden, in dem von einem Kreise von Sachverständigen neuartige motorlose Flugapparate bzw. Modelle geprüft und bewertet werden sollen. Für diejenigen Ausführungen, denen die besten Gedanken zugrunde liegen und die für die Zukunft einen wesentlichen Fortschritt erhoffen lassen, sollen Preise und Prämien in beträchtlicher Höhe zur Verfügung sein.

Ein furchtbarer Irrtum.

Während einer Tanzunterhaltung in Prohn, in der Nähe des Brunnenstädtchens Bilitz in Böhmen, entspann sich eine wilde Rauferei. Zwei able Raufbolde, die Bergarbeiter Jirouk und Schanda, wurden gewalttätig zur Tür hinausgeworfen. Sie lauerten die ganze Nacht und jenen am Rache. Als früh der Bergarbeiter Schramm nach Hause ging, überfielen die beiden den jungen Mann hinterhältig und töteten ihn durch einen Stich ins Herz. Schramm war gar nicht an dem Streit beteiligt, und die Körper hatten sich in ihrem Opfer gefetzt. Sie wurden verhaftet.

Reisepässe für Danzig.

Im reisenden Publikum ist die falsche Ansicht verbreitet, daß zur Ausreise nach Danzig ein Paß nicht nötig sei. Dadurch sind häufig den Reisenden nach Danzig Unannehmlichkeiten an der Grenze entstanden, die bei Beachtung der Vorschriften sich leicht hätten vermeiden lassen. Der Amtliche Preussische Konsulatsdienst weist deshalb ausdrücklich darauf hin, daß polnisch und die freie Stadt Danzig als Ausland angesehen werden muß.

Amateurfunkausstellung in Leipzig. Der Arbeiterradio-Klub Deutschlands e. V. veranstaltet in Leipzig, in der Meißnerstraße 14, bis 22. November 1925 eine größere Ausstellung für Radiomateure.

Der Prozeß Hans Grans in Hannover. Der Prozeß gegen den Freund des hingerichteten Norders Haarmann, Hans Grans, wird in der am 9. November beginnenden Schörringgerichtstagung in Hannover zur Verhandlung kommen. Man rechnet mit einer Verhandlungsdauer von drei Tagen. Etwa 20 bis 25 Zeugen werden vernommen werden.

Neuer Sender in Genf. Am 15. Oktober wurde die Sendestation der Radiogesellschaft in Genf eingeweiht. An der Feier nahmen Vertreter des Regierungsrates und des Gemeinderates von Genf, Direktor Rothen von der Schweizerischen Patentsgesellschaft und die Herren Ruyman und Calame sowie ein zahlreiches Publikum teil.

Entgleisung des Schnellzuges Tiflis-Petersburg. Bei Churdalan im Kaukasus entgleiste der Schnellzug, der von Petersburg über Moskau nach Tiflis geht. Das Unglück entstand dadurch, daß der Zug versehentlich auf ein Geleise gelenkt worden war, dessen Schienen ausgebeugert wurden. Die Lokomotive, der Postwagen und ein Güterwagen stürzten um. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

Das Luftschiff als Flugzeugmutter-schiff. Das Luftschiff R. 33 flog gestern in Fulda mit einem Flugzeug, das unter seiner Halle befestigt war, zu einem Probeflug auf. Eine Viertelstunde nach dem Aufstieg wurde das Flugzeug von der Vorrichtung, die es mit dem Luftschiff verband, gelöst und machte selbständige Flugübungen. Am dann wieder an dem Luftschiff befestigt zu werden. Es war das erstmal, daß ein Luftschiff als Flugzeugmutter-schiff benutzt wurde.

Parteinarichten für Groß-Berlin

1. Kreis Grenzauer Berg, Deute, Sonnabend, den 17. Oktober, 7 Uhr, in der Aula Großesgauer Str. 58, Elternabend. Freunde herzlich willkommen. Die Abteilungsleiter werden alle Rahmen am Dienstag, den 20. Oktober, zum Gesellen Seidler, Belforter Str. 11, zum Abschieden des großen Soles im Friedrichshagen zur Besichtigung der „Frauenwelt“.

7. Kreis Charlottenburg, W. 33. und 34. Wkt.: Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 10 Uhr, Wahlprüfung auf dem Gesellen Seidler. Beschließend Propagandaabend durch die Straßenkomitee obiger Abteilung.

11. Kreis Schöneberg-Friedenau, Deute, Sonnabend, den 17. Oktober, nachmittags, bei König, Feurig, Ede Bräu-Ordnungs-Gesellschaft, Schloßparkstr. 18, bis 21. Wkt. - Die für Dienstag, den 20. Oktober, abendliche Sitzung des Wahlkomitees findet erst am Mittwoch, den 21. Oktober, 7 1/2 Uhr, bei König statt.

12. Wkt. Die Genossinnen und Genossen beteiligen sich am Sonntag, den 18. Oktober, an der öffentlichen Versammlung auf dem Soleser Platz. Von 10 bis 12 Uhr. Am 20. Oktober, 7 1/2 Uhr, bei Schmidt, Belforter Str. 11, Wahlkomiteeversammlung.

13. Wkt. Die Genossinnen und Genossen beteiligen sich am Sonntag, den 18. Oktober, an dem Propagandaabend in Charlottenburg. Treffpunkt Soleser Platz (Helferstr. 11/12). Freies Uhr, vormittags 10 Uhr.

18., 19., 20. Wkt. Am Sonntag, den 18. Oktober, Wahlprüfung auf dem Soleser Platz. Die Genossen müssen vormittags 10 Uhr pünktlich zur Stelle sein (Strassenplatz), bei der Demonstration am Abend pünktlich 9 Uhr abmarschieren muß.

21. Wkt. Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Goldschmidt, Steinfelder Str. 36, wichtige Funktionärversammlung. Kein Funktionär darf fehlen.

22. Wkt. Sonntag, den 18. Oktober, Sonderabendveranstaltung zur Versammlung am Soleser Platz. Die Genossen treffen sich am Montag nach der Versammlung im Verkehrsklub.

23. Wkt. Am Montag, den 19. Oktober, nachmittags 3 Uhr, Sonderabend unserer Wahlkomiteeversammlung (Dehnboden 35/36) im Eisenwerk, Mühlentor Str. 25, abholen. Die andere für Montag angelegte Parteiarbeit fällt aus.

24. Wkt. Charlottenburg, Sonntag, den 18. Oktober: 2. Gruppe vormittags 10 Uhr Soleserplatz, W. 1. und 2. Gruppe Sonntag, 2. Treffpunkt auf gemeinsamen öffentlichen Kundgebung auf dem Soleser Platz. Abmarsch 10 Uhr von der Straße. 2. Wkt. Genossen müssen sich beteiligen.

25. Wkt. Deute, Sonntag, den 18. Oktober, Spaziergang aller Genossinnen und Genossen nach Fulda. Abmarsch nachmittags 10 Uhr vom Rathaus, Friedrichshagen. Ede Hermannstraße. Im Parteizentrum darf keiner fehlen.

26. Wkt. Spandau, die Genossen treffen sich am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 10 Uhr am Soleserplatz.

27. Wkt. Reichensdorf, Sonntag, den 18. Oktober, beteiligen sich alle Genossen an der Versammlung in Werdenburg. Abmarsch nachmittags 10 Uhr vom „Grünen Baum“, Sonntag, den 18. Oktober, Funktionärversammlung zur Vorbereitung der Versammlung in Reichensdorf. Abmarsch nachmittags 10 Uhr vom „Grünen Baum“, - Montag, den 19. Oktober, 7 1/2 Uhr, bei Soleser, Belforter Str. 11, Sitzung des Reichsausschusses.

28. Wkt. Köpenick, die Genossen treffen sich am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 10 Uhr am Soleserplatz.

29. Wkt. Tempelhof, Deute nachmittags 4 Uhr Treffpunkt zum Umgang durch Tempelhof in der „Linde“, Reichensdorf, Ede Friedrich-Rath-Str. 11.

30. Wkt. Köpenick, Allgemeine Ständen- und Geschäftsbesprechung der Reichsausschüsse am 6 Uhr bei Soleser, Belforter Str. 11.

31. Wkt. Köpenick, die Genossen treffen sich am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 10 Uhr, im Soleser Friedrichshagen (Soleser Platz), Generalprobe im Fackelzug „Wahlprüfung“. Die Mitwirkenden müssen unbedingt pünktlich erscheinen.

32. Wkt. Köpenick, die Genossen treffen sich am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 10 Uhr, im Soleser Friedrichshagen (Soleser Platz), Generalprobe im Fackelzug „Wahlprüfung“. Die Mitwirkenden müssen unbedingt pünktlich erscheinen.

33. Wkt. Köpenick, die Genossen treffen sich am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 10 Uhr, im Soleser Friedrichshagen (Soleser Platz), Generalprobe im Fackelzug „Wahlprüfung“. Die Mitwirkenden müssen unbedingt pünktlich erscheinen.

34. Wkt. Köpenick, die Genossen treffen sich am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 10 Uhr, im Soleser Friedrichshagen (Soleser Platz), Generalprobe im Fackelzug „Wahlprüfung“. Die Mitwirkenden müssen unbedingt pünktlich erscheinen.

35. Wkt. Köpenick, die Genossen treffen sich am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 10 Uhr, im Soleser Friedrichshagen (Soleser Platz), Generalprobe im Fackelzug „Wahlprüfung“. Die Mitwirkenden müssen unbedingt pünktlich erscheinen.

36. Wkt. Köpenick, die Genossen treffen sich am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 10 Uhr, im Soleser Friedrichshagen (Soleser Platz), Generalprobe im Fackelzug „Wahlprüfung“. Die Mitwirkenden müssen unbedingt pünktlich erscheinen.

37. Wkt. Köpenick, die Genossen treffen sich am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 10 Uhr, im Soleser Friedrichshagen (Soleser Platz), Generalprobe im Fackelzug „Wahlprüfung“. Die Mitwirkenden müssen unbedingt pünktlich erscheinen.

38. Wkt. Köpenick, die Genossen treffen sich am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 10 Uhr, im Soleser Friedrichshagen (Soleser Platz), Generalprobe im Fackelzug „Wahlprüfung“. Die Mitwirkenden müssen unbedingt pünktlich erscheinen.

39. Wkt. Köpenick, die Genossen treffen sich am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 10 Uhr, im Soleser Friedrichshagen (Soleser Platz), Generalprobe im Fackelzug „Wahlprüfung“. Die Mitwirkenden müssen unbedingt pünktlich erscheinen.

40. Wkt. Köpenick, die Genossen treffen sich am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 10 Uhr, im Soleser Friedrichshagen (Soleser Platz), Generalprobe im Fackelzug „Wahlprüfung“. Die Mitwirkenden müssen unbedingt pünktlich erscheinen.

41. Wkt. Köpenick, die Genossen treffen sich am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 10 Uhr, im Soleser Friedrichshagen (Soleser Platz), Generalprobe im Fackelzug „Wahlprüfung“. Die Mitwirkenden müssen unbedingt pünktlich erscheinen.

42. Wkt. Köpenick, die Genossen treffen sich am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 10 Uhr, im Soleser Friedrichshagen (Soleser Platz), Generalprobe im Fackelzug „Wahlprüfung“. Die Mitwirkenden müssen unbedingt pünktlich erscheinen.

43. Wkt. Köpenick, die Genossen treffen sich am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 10 Uhr, im Soleser Friedrichshagen (Soleser Platz), Generalprobe im Fackelzug „Wahlprüfung“. Die Mitwirkenden müssen unbedingt pünktlich erscheinen.

44. Wkt. Köpenick, die Genossen treffen sich am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 10 Uhr, im Soleser Friedrichshagen (Soleser Platz), Generalprobe im Fackelzug „Wahlprüfung“. Die Mitwirkenden müssen unbedingt pünktlich erscheinen.

Advertisement for shoes and socks. 'Besichtigen Sie bitte unsere Schaufenster!' lists various shoe styles like Damen-Halbschuh, Herren-Halbschuh, etc. with prices. Includes 'Für die kalten Tage' and 'warmen Winterschuhen und Pantoffeln'.

Advertisement for 'Wir' shoes. Features an image of a woman's shoe and the text 'Wir haben eine der größten und ältesten Schuhfabriken Deutschlands. Wir vereinigen billigen Preis mit höchster Qualität.'

Advertisement for 'Lack' shoes. 'Lack' is a brand name for shoes. Includes 'Lackfabrik' and 'Lack' logo.

# Gewerkschaftsbewegung

## Zur Aussperrung in der Weißglasindustrie.

Das unäufällige Reichsarbeitsministerium.

Ein klassisches Beispiel, wie sich die Politik des Reichsarbeitsministeriums in der Frage der Wiederherstellung des Achtstundentages auswirkt, bietet die Aussperrung in der Weißglasindustrie in der Niederlausitz und in Schlesien. Es handelt sich da um Arbeiter, für die auf Grund des § 7 der Arbeitszeitverordnung längere Arbeitsstunden als Höchstarbeitszeit vorgeschrieben sein müßte.

Unter den äußerst schädlichen gesundheitlichen Verhältnissen bei ganz außerordentlich hohen Temperaturen müssen diese Glasarbeiter vor dem Schmelzofen arbeiten. Daß der Achtstundentag hier wirklich der zulässige Höchstarbeitstag ist, geht übrigens aus der Tatsache hervor, daß der Vorsitzende des Schutzverbandes der Weißglasindustrie, der jetzt die Aussperrung von 15 000 Arbeitern vorgenommen hat, im Juli d. J. mit dem Deutschen Glasarbeiterverband ein Arbeitszeitabkommen getroffen hat, das für die Glasarbeiter in Sachsen den Achtstundentag festlegt. Wir können weiter anführen, daß auch im Rheinland, in Bayern und in den größten Teilen Thüringens der Achtstundentag in der Glasindustrie auch von den Unternehmern eingehalten wird.

Es besteht aber auch die unmittelbare Gefahr, daß die Aussperrung zu einer Stilllegung in der Metallindustrie führen muß. Die Betriebe in Weichwasser und Muskau, die die Glasfabriken für die Glühlampenindustrie herstellen, sind gleichfalls stillgelegt. Nur in diesen beiden Orten werden die Glasfabriken erzeugt. Ein längerer Kampf muß unvermeidlich auch zu einer Stilllegung in der Berliner Glühlampenindustrie führen.

Wenn das Reichsarbeitsministerium seine in der Arbeitszeitverordnung klar vorgeschriebene Pflicht nicht so strikt vernachlässigt hätte, dann würde dieser Kampf überhaupt nie ausgebrochen sein. Schon deswegen und im Hinblick auf die wirtschaftliche Gefahr, die eine Verlängerung des Kampfes bringen muß, wäre es die Pflicht des Reichsarbeitsministeriums hier einzugreifen. Man ge-

winnt nachgerade den Eindruck, daß sich das Reichsarbeitsministerium an die „vertraulichen“ Besprechungen mit Dr. Meißinger so gebunden fühlt, daß man nicht wagt, in einen Kampf einzugreifen, der nie ausgebrochen wäre, wenn das Reichsarbeitsministerium seine Pflicht getan hätte.

## Glänzende Konjunktur.

### Aber die Löhne können nicht erhöht werden.

Das Deutsche Kalifundikat teilt mit: „In einer Aussprache von Vertretern aller Berufsgruppen der deutschen Kalifundurie, die vor kurzem im Deutschen Kalifundikat stattgefunden hat, ist die gegenwärtige Lage der Industrie eingehend erörtert worden. Hierbei wurde auch die Lohnfrage besprochen und einmütig festgestellt, daß, nachdem die Industrie im Sommer eine Lohn- und Gehaltserhöhung ohne Verringerung der Preise vorgenommen hat, es im gegenwärtigen Augenblick ausgeschlossen sei, Löhne und Gehälter wiederum einer Erhöhung zu unterziehen. Eine Eingabe, in der dieser Standpunkt näher begründet worden ist, ist dem Reichswirtschaftsministerium überreicht worden.“

Das Deutsche Kalifundikat scheint Wege machen zu wollen. Oeffentlich und vertraulich haben bekannte Führer der Kalifundurie öfter betont, daß es dieser im Besitze der Vorteile des deutsch-französischen Kaliabkommens und eines unbeschränkten Absatzmarktes geradezu glänzend geht. Man kann darauf gespannt sein, wie es diese Industrie mit der glänzenden Konjunktur begründen will, wenn sie sich in der notwendigen Anpassung der Löhne an die Teuerung vorbeugt.

## Früharbeit in Bäckereien und Konditoreien.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Aus den auf den Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe vom 4. Mai d. J. erstatteten Berichten ist zu entnehmen, daß von der in § 5 der Bäckereiverordnung vom 23. November 1918 vorgesehenen Ermächtigung, die achtstündige Betriebsruhe in den Bäckereien und Konditoreien auf die Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens zu verlegen, zwar in weitem Umfange Gebrauch gemacht worden ist, daß aber die Genehmigung zur Verlegung des Arbeitsbeginns auf 5 Uhr in vielen Bezirken erst so spät erteilt worden ist, daß Erfahrungen über die Wirkung dieser Maßnahme noch nicht vorliegen. Soweit bisher festgestellt werden

konnte, hat die Früharbeit in den Bäckereien und Konditoreien einfließen zu besonderen Unzulänglichkeiten, die es geboten erscheinen ließen, den Arbeitsbeginn schon jetzt wieder allgemein auf 6 Uhr festzusetzen, nicht geführt. Der Minister ermächtigt deshalb in einem Erlaß (Nr. III 8524) die Regierungspräsidenten, die im Absatz 5 Ziffer 7 des Erlasses vom 4. Mai bezeichnete Frist für die Geltungsdauer der Genehmigungen bis auf den 1. April 1926 hinauszuschieben, sofern dies nach Lage der örtlichen Verhältnisse gerechtfertigt erscheint. Dabei wird vorausgesetzt, daß die für die Zulassung des 5-Uhr-Beginns vorgeschriebenen Richtlinien und Bedingungen auch weiterhin strengste Beachtung finden.

## Der BVMZ. lehnt alles ab.

Gestern fanden mit dem Verband Berliner Metallindustrieller Verhandlungen statt über die notwendige Aufbesserung der Löhne der Transportarbeiter der Metallindustrie. Wie uns vom Deutschen Verkehrsbund mitgeteilt wird, sind diese Verhandlungen an der unangenehmen Haltung des BVMZ. gescheitert. Infolgedessen ist zunächst der Schlichtungsausschuß angerufen worden.

## Gescheiterte Lohnverhandlungen in der Schwerindustrie.

Bohum, 18. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nach Mitteilung des Metallarbeiterverbandes sind die Lohnverhandlungen für die nordwestliche Gruppe der Metallindustrie gescheitert. Die Arbeiter hatten eine 15prozentige Lohnherabsetzung verlangt, während die Unternehmer erklärten, auf einer 10prozentigen Lohnherabsetzung bestehen zu müssen. Diese Zumutung, die Löhne um 10 Proz. abzubauen, ist selbst für Schwerindustrielle außerordentlich.

**„Komet-Freilauf“**  
gehört in jedes Fahrrad!  
Unverwundlich im Gebrauch!

## Theater, Lichtspiele usw.

**Volksbühne**  
4 Uhr:  
**Der Kaufmann von Venedig**  
Morgen 8 Uhr:  
**Der Kaufmann von Venedig**

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
7 Uhr: **Carmen**  
Opernhaus  
am Königsplatz  
7 1/2 Uhr: **Zar und Zimmermann**

**Städtische Oper**  
Charlottenburg  
7 Uhr:  
**Aida**

**Deutsches Theater**  
7 1/2 Uhr:  
**Die heilige Johanna**  
von Shaw — Regie: Max Reinhardt  
Preise v. 1,50-12 M.

**Kammerspiele**  
8 Uhr:  
**Sechs Personen suchen einen Autor**  
von Pirandello

**Die Komödie**  
Kurfürstendamm 207  
8 Uhr:  
**Gesellschaft**  
v. John Galsworthy  
Regie: M. Reinhardt

**Berliner Theater**  
Gastspiele des  
Wekauer Theater-Ensembles  
L. u. Grund u.  
Hauptreg. Walter  
Festw. 8-10 Uhr  
8 U. r. **Lysistrata**  
Komödie von Aristophanes  
18. 19. 20. Okt. 8 U. r.  
Montag, 19. Okt. 8 U. r.  
zwei 1. Male: **Carmen**  
u. d. **Soledad**  
Ins. Spiel von R. Ullrich  
Mus. Carmen, Bizet

**Th. a. Nollendorferpl.**  
8 Uhr:  
**Die hellblauen Schwestern**  
Die neue Künnecke-Operette  
Sg. nachm. 3 1/2 U.  
Der letzte Haug  
Operette von R. Winkler

**Waliner-Theater**  
8 U.: **Meliseken**

**Lustspielhaus**  
8 Uhr:  
**Ritter Blaubaris**  
achtie Frau

**SCALA**  
8 U. r.  
**Internat. Varieté**  
sonntags 3 1/2 U. r.  
ermäßigt. Preis  
das volle Progr.

**Großes Schauspielhaus**  
Norden 2001/94.  
SONNTAG: 2 Vorstellungen  
nachm. 3 Uhr  
zu ermäßigten Preisen.

**Für Dich!**  
Die große Charley-Revue (300 Maxikunde) tägl. 8 1/2 Uhr  
Preise der Plätze: Parkett M. 8.—, Balkon M. 4.—  
1. Rang M. 3.—, 2. Rang M. 1.50, Logen u. Kl.  
ausser M. 7.—12.—, 4. Rang M. 0.75  
Vorverkauf ab 10 Uhr vormittags ununterbrochen.

**CHARLEYS**  
**TANTE**

Jetzt:  
**Ufa-Theater**  
**Turmsiraße**  
**Ufa-Palast**  
**Königstadt**

Wochentags: 7 und 9 Uhr  
Sonntags: 5, 7 und 9 Uhr  
Benutzen Sie den Vorverkauf!

**Komische Oper**  
Dir.: James Klein  
**Größte Revue**  
**der Welt**  
Von **A bis Z**

8 1/4 U. r.  
Parkett v. 2 Mk.  
Parkett v. 4 Mk.  
Logen v. 8 Mk.

**WINTERGARTEN**

Stimmen der Presse:  
„Die Komiker dominieren im Oktober. Vor allem ist der kleine Lüttich wieder in Berlin, Englands bester Exzentrik-Komiker! Und das will etwas heißen, denn England ist die Heimat der Exzentriker. Er braucht keine Dekoration, nichts als sein Spazerstockchen, sein Englisch verstehen die wenigsten Zuschauer, aber jede seiner Gebärden v. stehen sie, jedes Zucken des Mundwinkels sitzt, wirkt und erschütterte zu Lachsalven.“  
Fruchtvoll auch der Komiker Richard Mayer, ebenso der komische Kanonenkönig Ravin. Die Spanierin Amarantina ist in ihren letzten Tänzchen besser geworden, entzückend die Geschwister Bitter, wenn sie mit orangebeinen Zylinderhüten Charleston tanzen.“  
Sonntag Nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise.  
Rauchen gestattet

**Das Gewaltigste an Ausstattungspracht, was je auf einer Bühne gezeigt worden ist**  
**46 Bilder! 300 Mitwirkende!**  
**Das Tagesgespräch Berlins**  
**Parkett 6.— M.**  
Preise 2.— bis 12.— M.  
(Logen 15.— M.)  
Sonntag 3 Uhr  
Jeder Erwachsene 1 Kind frei  
Halbe Preise  
Vorverkauf ununterbr. geöffnet

**Elite-Sänger**  
Kottbusser Str. 8. Tel. Mpl. 103 77.  
Tägl. 8 1/2 Uhr, auch Sonntag nachm.  
3 Uhr (zu halben Preisen).  
U. a. **Wandelndes Glück**  
Operette von J. W. W. W. W. W.

**Reichshallen-Theater**  
Alte Markt 8 Uhr u. Sonntag 3 Uhr  
**Stellimer Sänger**  
Nachm. halbe Preise  
**Dönhoff-Bratt's**  
Familien-Varieté.  
Anfang 8 Uhr Sonntag 3 1/2 Uhr.

**Residenz-Th.**  
Heute 2. 1. Male  
8 Uhr:  
**Circus Heirat**  
Trude Heisterberg  
Oskar Sabo  
Adolphe Engels  
André Mattoni

**Thalia-Th.**  
8 Uhr: **Apollonia**  
Lotte Neumann,  
Jeldemann, Dora  
Hansel, Mote'ka  
Tägl. nachm. 3 1/2 U.  
Kleine Preise!  
Im weißen Rössl!  
Theater in der  
Kommendantenstr.  
8 Uhr:  
Anneliese v. Dessau  
Marie Escher a. G.  
Tägl. nachm. 3 1/2 U.  
Kleine Preise!  
Anneliese Dessau

**Theat. d. Westens**  
Das große  
Operettenhaus  
Tägl. 7 1/2 Uhr:  
Gastsp. **Georg  
Marischka**  
**Der Orlow**

**Die Hoblants**  
Tägl. 8 Uhr  
im Theater in d.  
Lützowstr. 112  
Ecke Florw. Str.  
Sonntag nachm. 4 U.  
Rothkäppchen  
Vorzeit. dies. zahlen  
nur halbe Preise  
von 30 Pfg. an.

**Rennen zu Hoppegarten**  
Sonntag, 17. Oktober  
nachm. 1 1/2 Uhr

**Berliner Konzerthaus**  
Heute, den 17. Oktober 1925  
und folgende Sonntage, von 4 bis 7 Uhr:  
♦♦ **Nachmittag der Jugend** ♦♦  
Konzert, Religiösen, Tänze und Reigen, Ansprachen, Humoristische Wettbewerbe f. Knaben u. Mädchen m. schönen Preisen  
GROSSE POLOKSE  
Onkel Mollie leitet persönlich alle Veranstaltungen: Besondere Speisen- und Getränkekarte für Kinder zu kleinen Preisen  
Eintritt 50 Pf. Onkel Mollie

**Der Mann, der die Ohrfeigen bekam**

Ein Film, der einen lachen und weinen macht, der anregt und unterhält, der die Herzen höher schlagen läßt.

Regie: **VIKTOR SJÖSTRÖM**  
Hauptrolle: **LON CHANEY**

Metro-Goldwyn-Film der Ufa  
Ufa-Symphonie-Orchester. Dirig. Ernö Rapeč  
Ufa-Ballett. Leitung: Alexander Oumansky  
Preise: 1.50 bis 5.— Mark

Vor und nach jeder Vorstellung:  
**Borchardt-Butter**

Wochentags: 3 Vorstellungen um 5, 7, 9 Uhr  
Sonntags: 4 Vorstellungen um 3, 5, 7, 9 Uhr  
Der Vorverkauf für 3 Tage im voraus ist ununterbrochen ab 11 Uhr vormittags geöffnet — Telefonische Bestellungen Amt Nollendorf Nr. 62, 1397, 5280, 5281

**Ufa-Palast am Zoo**

Th. am Schiffbauerdamm  
(Neues Opernhaus)  
8: **Lady Fanny** und  
die Dienstbotenfrage

**WALHALLA**  
am Rosenthaler Platz

Kurzes Gastspiel  
**Sylvester Schäffer**  
der berühmte Universalakrobaten  
m. vollst. neuer Ausstattung  
Dazu ein großer Varieté-Teil  
Anf. 8 Uhr. Preise 0.50, 1, 1.50, 2 usw.

**Rose-Theater**  
4 U.: **Dornröschen**  
8 1/4 U.: **König Krause**

Th. am Kurfürstendamm  
Heute 7 1/2 Pr. mittere  
**Wenn ich wollte...**

**Casino-Theater**  
Lohrstr. Nr. 37.  
Tägl. 8 Uhr  
**Die Frau im gefährd. Alter**  
Einmal das beste Programm  
Herta Lina Arthur Wright

**Circus Busch**  
Tägl. 7 1/2 Stg. a 3 U.  
Die gr. Sensation!  
**Fliegendes Torpedo**  
Russ. Clown Durow  
Seil des Todes  
von der Dr. v. Oranien  
9 Uhr. **1000 Jahre  
Deutscher Rhein**  
Gr. Wasserorgel  
U. a. m. „Rattenfänger  
v. Hameln“ halbe Pr.

**Gänseledern**  
Kontinentales Käfig  
Willy Mantuffel, Neutrebber  
100er in Gänseledern-Käfigen

**Berliner Elektriker-Genossenschaft**  
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe  
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 1108  
Filla Westen, Willmersdorf  
Landhausstr. 4 — Tel. Pilsburg 9831  
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel · Ausführung sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit

**Billig verkauft mit kleinen Raten**  
**Möbel jeder Art**  
Teilzahlung oder bar  
**Möbel-Gross**  
Große Frankfurter Straße 141  
Kastanienallee 103 (a. d. Hochbahn)



# Die neue Konzentrationsbewegung.

## Bezommen wir einen Zementkrust?

Unter den Interessenten der deutschen Portlandzementindustrie herrscht gegenwärtig eine ungewöhnliche Spannung und der Konzentration. Nicht des laufenden Geschäftes und der Konjunktur wegen. Beide waren 1924 und auch 1925 verhältnismäßig günstig. Aber Ende Dezember 1925 laufen für alle die Verbände der Zementindustrie, den norddeutschen, den rheinisch-westfälischen und den süddeutschen Zementverband, die Syndikatsverträge ab, und es ist zweifelhaft, ob es zu einer Erneuerung kommt.

Jedenfalls kann niemand sicher damit rechnen, daß neue Verträge zustande kommen. Wenn hohe Preise und eine gewisse Konzentration der Produktion zur Regelung des Angebots auch im Interesse jeder Zementfabrik liegen, auch des größten und stärksten Konzerns, so sind die neuen Verträge doch nicht möglich, ohne daß eine Anzahl Werke auf der Strecke bleiben oder ihre Selbständigkeit einbüßen. Dem Abschluß neuer Verträge muß ein Kampf um die Beteiligungen vorangehen, und dieser Kampf wird sehr hart, da in der Nachkriegszeit zwischen den einzelnen Werken und Gruppen große Veränderungen vor sich gegangen sind.

Weniger in dem Norddeutschen Verband. Abgesehen von dem oberhessischen Konzern der Vereinigten Portlandzementwerke Schimischow u. G. gibt es im Norddeutschen Zementverband neben Einzelwerken nur kleinere Konzerne von wenigen Fabriken. Um so heftiger wird der Quotenkampf im Rheinisch-Westfälischen und im Süddeutschen Verband geführt werden. Der Rheinisch-Westfälische Verband wird mehr und mehr beherrscht von der Wiking Portlandzement- und Wasserfallwerke u. G. Münster, die seit der Vorkriegszeit eine mächtige Ausdehnung erfahren hat und mit der Herrschaft über fast 1/4 Duzend Zementwerke Rheinland-Westfalens die Hälfte aller Kontingente des Syndikats auf sich vereinigt. Während ihr Aktienkapital 1913 nur 4,5 Millionen Mark betrug, ist es in der Goldbilanzperiode auf über 20 Millionen angewachsen. Der Kampf in der rheinisch-westfälischen Syndikatsgruppe wird noch verschärft durch einen bedeutenden Außenfeind, die Zementfabriken und Portlandzementfabriken Dyckerhoff & Widmann, die sich auch ihrerseits, mit weiterer Außenwirkung rechnend, durch Interessengemeinschaftsverträge mit Fabriken in Ulm, Bonn, Oberkassel und Kupferdreh für den Kampf vorbereitet haben. Der Wiking-Konzern hat erst kürzlich, zu demselben Ziel der Nachkriegszeit, sich noch weitere westfälische Werke zugesichert. Ähnlich liegt es im Süddeutschen Verband. Auch hier steht ein in den Kriegsjahren und Inflationsjahren mächtig ausgehender Verband im Vordergrund, die als Heidelberger Konzern bekannten Portlandzementwerke Heidelberg, Mannheim, Ettgart u. G.

Diese großen Konzerne geben dem Kampf sein besonderes Gepräge. Wenn ihre Syndikatsbeteiligungen auch entsprechend den vorgenommenen Angliederungen gewachsen sind, so hat sich doch gleichzeitig auch der Leerlauf bei ihnen entsprechend vergrößert. Denn die schon in der Vorkriegszeit, als die Wirtschaftsentwicklung in mächtigen Sprüngen vorwärtseilte, übergründete und überkapitalisierte Zementindustrie arbeitet heute nur mit 50—60 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit. Die Krise in der Montanindustrie, die ein starker Zementläufer ist, die über Erwartungen lange fortwährende Wohnungszwangswirtschaft, die Fortdauer der Kapital- und Kreditverengungen in der ganzen Wirtschaft machen den Leerlauf zu lohnlos. Außerdem brauchen ihn die starken Konzerne für ihren Teil nicht zu dulden. So sind die Syndikatsverträge augenblicklich ein Hemmnis. Ein vertragloser Zustand, wenn auch nur vorübergehend, durch den die kapitalstarken Konzerne zur vollen Ausnutzung der Leistungsfähigkeit und zur Niederkonkurrenz der auszuscheidenden Werke kommen, kann den Ausgleich schaffen. Damit erfolgt auch die für die deutsche Zementindustrie erforderliche Konsolidierung. Obwohl das Industriegeschäft gegenüber der Vorkriegszeit zurücksteht, arbeiten z. B. die 18 an der Berliner Börse notierten Portlandzementgesellschaften mit 86,08 Millionen Mark Aktienkapital gegenüber 61 Millionen 1913. Gleichzeitig ist das Auslandsgeschäft noch stärker zurückgegangen. Wenn das Jahr 1924 auch kaum mehr die denkwürdigen Gesellschaften gezeigt hat als die Vorkriegszeit, so liegen die Dividenden doch tiefer. Die Aussichten für die nächste Zukunft sind ziemlich trübe. So sind die Bedingungen für eine tiefgreifende Syndikatskrise und für eine Reinigungs- und Konzentrationsbewegung in der Zementindustrie erfüllt.

In den Verhandlungen, die gegenwärtig schweben, kommt die Konzentrationstendenz schon deutlich zum Ausdruck. Charakteristisch machen die Zusammenschlüsse aber nicht halt an den Gebietsgrenzen der einzelnen Verbände. Wie gemeldet wird, haben die beiden stärksten Konzerne Rheinland-Westfalens und Süddeutschlands, Wiking und Heidelberg, auf 10 Jahre einen Interessengemeinschaftsvertrag geschlossen, der die spätere Verschmelzung vorsieht und zugleich eine gemeinsame Marktroute für die Syndikatsverhandlungen vorsieht. In diesem Vertrag ist der kommende deutsche Zementkrust vorgezeichnet. Heute schon beherrschen die beiden Konzerne ein Drittel der deutschen Zementproduktion. Es kann nicht lange dauern, bis er sie ganz beherrschen wird. Aber auch der Verkauf der kommenden Syndikatsverhandlungen ist durch den Vertrag vorherbestimmt. Es wird sich nur darum handeln, ob die großen Zementkonzerne friedlich oder im Kampf siegen werden. Wenn sie friedlich siegen und kommt es zur Erweiterung der Verträge, so bedeutet das höchstens etwas für das Tempo, nichts aber für das Ergebnis: auch die deutsche Zementindustrie befindet sich im Stadium beschleunigt fortschreitender Konzentration.

## Konzentration im westdeutschen Mühlenwesen.

Wie aus Köln gemeldet wird, ist zwischen einer Anzahl Mühlenwerken des Rhein-, Weser- und Emsgebietes ein Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen worden. Es handelt sich um Werke, die zum größeren Teil schon längere Zeit der Getreidekommissions u. G. in Düsseldorf nahestanden oder von dieser in der letzten Zeit erworben wurden (zuletzt die Wittener Walzmühlen u. G.). Als Zweck des Vertrages wird der Austausch von Erfahrungen auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet genannt.

Die Meldung ist reichlich dunkel. Wenn der Austausch von Erfahrungen der wirkliche Sinn des Vertrages wäre, so wäre der Vertrag ziemlich überflüssig. Es gibt kaum ein Gewerbe, in dem der technische Produktionsgang in allen Betrieben, sofern sie nur Großbetriebe und modern eingerichtet sind, einheitlicher wäre als im Mühlenwesen. Das ist selbstverständlich bei einem so einfachen Produkte wie Brot- und Futtermehl. Die Meldung erhält aber Sinn, wenn man weiß, daß der Spiritus rector des Vertrages die Getreidekommissions u. G. Düsseldorf und ihr Leiter, Dr. h. c. Hugo Meyer ist. Die Krefelder Mühlenwerke u. G., Wesermühlen u. G., Rheinmühlen u. G. Düsseldorf, Dortmunder Mühlen-

werte, Mühlenwerke J. Enberg u. G. Köln-Rülheim, Leykoffer u. Kieselkamp u. G. Münster und die Wittener Walzmühlen u. G., um die es sich handeln dürfte, werden durch Majoritäts- oder größeren Teilbesitz der Aktien von der Getreidekommissions u. G. beherrscht. Die Getreidekommissions u. G. treibt Getreidehandel. In ihrer Goldbilanz wurden aber schon über 4 Mill. Mark Effekten und Beteiligungen ausgewiesen. Seitdem wurden noch bedeutende Pakete anderer Mühlenwerke hinzuerworben. Das Aktienkapital betrug 1913 1,8 Millionen. In der Goldbilanz ist es, obwohl nur etwa 900 000 Goldmark durch Kapitalerhöhungen neu zugeflossen sind, auf 4 Mill. Mark festgesetzt. Für 1923/24 wurde auch eine Golddividende verteilt. Die Getreidekommissions u. G. scheint der Getreidekommissions u. G. gut bekommen zu sein, wie es scheint, sogar besser als den inzwischen aufgekauften Mühlenwerken. In dem schwierigen Inflationsjahr 1923 vermochte die Getreidekommissions u. G. neben einer holländischen Guldenanleihe auch eine Weizenanleihe unterzubringen, deren Ertrag und niedrige Verzinsung (vom Weizenpreis abhängig, bisher zirka 8 Proz.) sie finanziell sehr stärkte. Die angekündigte Interessengemeinschaft ist demnach viel weniger ein Vertrag freier Werke, als vielmehr eine Transaktion der Getreidekommissions u. G. und ihres Leiters, die man als Vorstufe zur finanziellen und geschäftlichen Vereinigung bezeichnen kann. Es wird mit anderen Worten nur die geschäftliche Konsequenz aus schon bestehenden Tatsachen gezogen, ähnlich wie bei den 87 Interessengemeinschaftsverträgen des Wintershallkonzerns. Die Mehlherzeugung und Mehlverfertigung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes wird in einer Hand vereinigt.

So wird man den Interessengemeinschaftsvertrag als Konzentrationsbewegung im Mühlenwesen ansprechen müssen, die vom Getreidehandel, nicht von den Werken ausgeht. Da der Getreidehandel, besonders der großen Firmen, zugleich als Bankier der Mühlenwerke fungiert (die zeitweise des gemohnten Zolles entbehrten und bis 1926 nur von dem ermäßigten Zoll von 8 M. pro Doppelzentner profitieren), zeigt sich auch hier die geringere Stärke der Fabrikationsbetriebe gegenüber Lieferanten und Finanziers. Der zum mindesten nicht gegliederte Brotkonsum und der stark rückgängige Fleischverbrauch, der wegen der Futtermehle für die Mühlen wichtig ist, dürften ein übriges getan haben. Als erstes Anzeichen weitgreifender Konzentration im Mühlenwesen kommt dem Interessengemeinschaftsvertrag eine besondere volkswirtschaftliche Bedeutung zu.

## Zusammenschluß in der deutschen Luftschiffahrt.

Rüttelungen in der Presse über einen bereits erfolgten Zusammenschluß zwischen der Deutschen Aerolloyd u. G. und der Junkers Luftverkehr u. G. eilen, wie die Konjunkturkorrespondenz erfährt, den Tatsachen voraus. Anfang dieser Woche hat das Reichsverkehrsministerium mit dem Hinweis auf eine Veränderung der Verhältnisse beim Junkerskonzern die Deutsche Aerolloyd u. G. ersucht, Pläne für die von ihm längst erstrebte Vereinheitlichung des deutschen Luftverkehrs möglichst bald zu unterbreiten, da eine Vereinheitlichung der beiden Luftverkehrsinteressen nunmehr ins Auge gefaßt werden könnte. Diese Pläne sollten sich auf eine Verschmelzung der Deutschen Aerolloyd u. G. und der Junkers Luftverkehr u. G. beschränken. Sie sind im Augenblick Gegenstand der Beratungen innerhalb der Deutschen Aerolloyd u. G. und der Junkers Luftverkehrs u. G., haben aber endgültige Formen noch nicht angenommen.

## Fusion im Bergbau.

Die langgeplante Fusion zwischen der Lothringer u. G. und der Bergbaugesellschaft Präsident steht vor dem Abschluß, und zwar ist ein Aktienumtausch geplant, der noch von der Generalversammlung, die im November stattfinden wird, zu genehmigen ist.

## Die Senkung der Gastarife.

### Das Problem der Betriebsverbesserung.

Nach dem großen Fehlschlag der allgemeinen Preisreduktion der Reichsregierung versucht sich das Reichswirtschaftsministerium auf einem neuen Experimentierfeld. Es wird angekündigt, daß die Gas-, Wasser- und Elektrizitätstarife gesenkt werden sollen. Die Regierung greift zweifellos zu diesem Mittel, um ihren Mißerfolg zu verschleiern. Denn auf diesem Gebiete hat sie ja nicht zu riskieren, daß sie außerordentlich stark mit den Interessen des Großkapitals kollidiert. In der Hauptsache befinden sich die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte in kommunalem Besitz. So weit sie Privateigentum sind, genügt doch die Begründung „besonderer Verhältnisse“, um von einer Senkung der Tarife abzusehen.

Es steht außer allen Zweifeln, daß im Durchschnitt die Tarife für diese lebensnotwendigen Produkte zu hoch sind. Preise von 22 und 23 Pf. pro Kubikmeter Leuchtgas sind durchaus nichts Seltenes, während nur wenige Städte mit modernen und leistungsfähigen Werken nahezu den Durchschnittspreis von 15,5 Pf. pro Kubikmeter erreichen.

Wenn die Reichsregierung aber die Gemeinden vielleicht durch die Landeszentralbehörden auf dem Verordnungswege zwingen will, ihre Tarife zu ermäßigen, so zäumt sie das Pferd beim Schwanz auf. Ein wesentlicher Faktor der heutigen hohen Gas- und Elektrizitätstarife sind die immer noch hohen Preise für Steinkohle. Die Reichsregierung müßte also zunächst einmal die Kohlenbarone veranlassen, die Kohle billiger zu liefern.

Die kommunalen Werte können sich natürlich den Einflüssen der kapitalistischen Wirtschaft nicht ganz entziehen, was ja am besten durch ihre Abhängigkeit von den Kohlenmagnaten beleuchtet wird. Andererseits muß ohne weiteres zugegeben werden, daß die zum großen Teil noch rückständige Produktions- und Verteilungsweise insbesondere beim Gaspreis erhöhend wirkt. Nur dort, wo andere Heiz- und Beleuchtungsarten mit dem Gas in wirksamer Konkurrenz treten, sind die Tarife niedriger.

Soweit das Gas in Frage kommt, muß also einer durchgreifenden Tarifsenkung eine weitgehende Rationalisierung der Produktion und Verteilung vorausgehen, wenn nicht die kommunalwirtschaftlichen Schäden fortdauern sollen.

Die Gasindustrie ist heute derjenige Produktionszweig, der in seiner organisatorischen und wirtschaftlichen Entwicklung am weitesten zurückgeblieben ist, während die technischen Fortschritte sich mit anderen Industrien messen können. Der kleine und mittlere Betrieb ist in Deutschland vorherrschend, während nur wenige Gebiete, wie das niederhessisch-westfälische Industriegebiet, eine vollendete Gasfernversorgung besitzen. Hier werden 85 Städte mit rund 5 Millionen Einwohnern in einem Umkreis von 120 Kilometern von 22 Kokeren mit Ferngas versorgt. Selbst die Städte wie Essen, Hamborn, Elberfeld, Barmen, Solingen u. a. haben den Anschluß

gefaßt, ihre eigenen Werke ganz oder teilweise stillzulegen. Hieraus ist schon ersichtlich, welche großen wirtschaftlichen Vorteile die Fernversorgung bietet.

Die technische Entwicklung ermöglicht es, durch Kompression das Gas in Röhren mit kleinem Durchmesser auf weite Entfernungen zu leiten. Das Gas braucht also nicht am Verbrauchsort erzeugt zu werden, sondern kann aus Großgaswerken bezogen werden, wo die Kohle am wirtschaftlichsten ausgenutzt wird. Die wirtschaftlich beste Verlegung der Röhre in ihre Nebenprodukte, die bei der Ent- und Bergung entstehen, wird natürlich am vorteilhaftesten in einem fabrikmäßig produzierenden Großbetrieb gesehen. Die dort aufgestellten Großraumöfen erlauben Ersparung an Kohle und Produktionskosten. Die Beheizung der Gasungskammern ist besser als bei horizontalen Retortenöfen. Es werden hier eine große Menge Koks und Destillationsprodukte wie Teer, Ammoniak, Benzol u. dgl. gewonnen, was für die weiterverarbeitende Industrie bei der Preisgestaltung nicht unwesentlich ins Gewicht fällt. Des weiteren kann hier die Abgabe der von den Destillationsöfen aufsteigenden Heizgase und der aus den Öfen entfallenden glühenden Rotschlacken zur Dampferzeugung verwendet werden.

Wie unwirtschaftlich gerade die mittleren und kleinen Werke arbeiten, ergibt sich daraus, daß die Erzeugungskosten gegenüber einem Großgaswerk in mittleren Werken das 1,2- bis 1,7-fache, in kleinen Werken das 2- bis 2½-fache betragen.

In der Elektrizitätsversorgung hat sich eine planmäßige Versorgung nach einheitlichen Gesichtspunkten schnell durchgesetzt und darin liegt die große Entwicklungsfähigkeit der Elektrizitätswirtschaft. Man ist nicht davor zurückgeschreckt, kleine, unwirtschaftliche Werke stillzulegen und durch Strombezug aus leistungsfähigen Zentralen zu ersetzen.

Die Gasfernversorgung setzt sich in Deutschland erst allmählich durch. Der Partikularismus der deutschen Gemeinden im wirtschaftlichen Sinne behindert die Errichtung leistungsfähiger interkommunaler Werke, die ganze Wirtschaftsgebiete versorgen. Nur am Niederrhein, in Westfalen und Sachsen hat eine schnelle Entwicklung der Gasfernversorgung eingesetzt.

Eine weitere Ursache, warum heute die Gaserzeugungsstätten zum großen Teil rückständig sind und zu teuer produzieren, ist der Raubbau, der getrieben wird. Anstatt rechtzeitig eine Wertschöpfung vorzunehmen, werden alle Ueberschüsse zur Bilanzierung des Etats verwendet. Die Gemeinde Wien hat hier wiederum vorbildlich gewirkt, indem sie nach der Stabilisierung der Krone den Gaspreis um 25 Proz. niedriger als vor dem Kriege gesetzt hat. Sie verzichtet im Interesse einer gesunden Preispolitik auf die Inanspruchnahme von Betriebsüberschüssen. Das war ihr natürlich nur möglich durch die Errichtung einer modernen Gas-erzeugungsstätte, die in Wirklichkeit einer chemischen Fabrik entspricht und in der die Nebenprodukte in wertvolle chemische Produkte verwandelt werden. H. E.

Die hohen Preise für deutsche Textilwaren bewirken einen starken Bedarf an ausländischen Textilien, die trotz der Zölle noch billiger als die deutschen sind. Der Textilhandel von Lancashire mit Deutschland ist in dauernder Zunahme begriffen. Trotz der neuen Zölle in Deutschland sind in der letzten Zeit große Käufe Deutschlands in Textilien nach England gelehrt worden. In den letzten Wochen haben Käufe in Höhe von zirka 300 000 Pfund Sterling stattgefunden und zwar sind die Käufe hauptsächlich aus den dortigen Bägern befriedigt worden, so daß die Lagerbestände beinahe geräumt sind. In der Hauptsache sind Tuch- und Bekleidungsstoffe verkauft worden.

Von der Kunstseide zur Kunstwolle. In der Textilindustrie macht man schon seit einiger Zeit die Beobachtung, daß man nicht mehr die Fabrikation nicht allein auf die Kunstseidenherzeugung einzustellen, sondern auch nach Möglichkeit andere Kunststoffe zu fabrizieren. Die italienische Enla Biscosa, die mit einem Milliardenkapital in Lire arbeitet, hat laut New Yorker Kabelbericht des „Konfektionär“, auf dem Amerikamarkt zum ersten Male eine Kunstwolle erzeugt, „Enasil“ angeboten und versucht in diesem Artikel besonders große Abfälle zu erzielen.

Elektrizitätswert Liegnitz. Die Mehrheit der Aktien der Elektrizitätswert Liegnitz u. G. ist auf die Elektrowerke u. G. übergegangen. Vorbesitzer dieser Mehrheit war die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswert u. G. und die Aktiengesellschaft für Energiemittel. Der Erwerb dient der Ausdehnung des Interessengebietes der Elektrowerke u. G. in Schlesien, wo sie bereits in Niederschlesien an der kommunalen Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft u. G. in Sagan und in Oberschlesien an der Ueberlandwerk Oberschlesien u. G. weitgehend beteiligt ist und in freundschaftlicher Beziehung zu der Elektrizitätswert Schlesien u. G. steht. Das Elektrizitätswert Liegnitz verfolgt auf Grund von langfristigen Konzessionsverträgen den Stadtkreis Liegnitz und die Landkreise Liegnitz, Lüben, Steinau und Wohlau. Es arbeitet mit einem Aktienkapital von 3,3 Mill. Mark.

Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich, das in seinem 44. Jahrgang kürzlich erschienen ist, bringt wieder eine ungeheure Fülle des Zahlenmaterials über die Bewegung der Bevölkerung, der Wirtschaft und des Finanzwesens sowie die für die Sozialpolitik wichtigsten Zahlenangaben der letzten Jahre. Einen besonderen Ausbau hat der Teil „Internationale Uebersichten“ erfahren. Von den 19 größeren Handelsstaaten sind systematisch Angaben über Produktion, Verkehr, Konjunktur-entwicklung, Geldwesen usw. zusammengestellt. Diese einzigartigen Uebersichten ermöglichen es, jede aus diesen Staaten kommende Nachricht über wichtige Vorgänge im Handel und Verkehr in Vergleich zu setzen mit der bisherigen Wirtschaftsentwicklung. Auch sonst ist das Jahrbuch diesmal von einer wesentlich höheren Bedeutung als die vorausgegangenen Jahrgänge. Die Wertzahlen, die sich auf deutsche Wirtschaftsvorkommnisse beziehen, sind für das letzte Jahr bereits wieder durchweg in Goldmark ermittelt, so daß jetzt zum ersten Male nach dem ungeheuren Zahlenwurm der Inflation erhaltene Vergleiche möglich sind. So ist das vom Statistischen Reichsamte herausgegebene Buch wieder der unentbehrliche Wegweiser zur Beurteilung aller wichtigen Vorgänge in der Volkswirtschaft geworden, soweit diese zahlenmäßig erfaßt werden können. Das war es schon in der Vorkriegszeit, ist es heute aber in viel höherem Grade, nachdem die Reichsstatistik wesentlich ausgebaut worden ist. Der billige Preis von 4 Mark, zu dem man das Buch vom Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin S.W. 48, beziehen kann, macht das Werk jedem, der sich gründlich in die Wirtschaftszusammenhänge vertiefen will, zugänglich.

Italiens Kohlenversorgung. Unter den europäischen Ländern, die in großem Umfange ausländische Kohlen einführen müssen, steht Italien an erster Stelle. Seine jährliche Kohleneinfuhr betrug in den letzten Jahren durchschnittlich 10 Millionen Tonnen. Sie belief sich laut Fachblatt „Industrie-Aurifer“ in der ersten Hälfte des Jahres 1925 auf insgesamt 5 165 695 Tonnen (1. Hälfte 1924 5 140 880 Tonnen, 1. Hälfte 1923 4 760 590 Tonnen). Hiervon entfallen auf Lieferungen aus England allein 3 497 097 Tonnen, d. h. 67,7 Proz. der Gesamtlieferungen (1924: 2 831 545 Tonnen, 1925: 3 398 385 Tonnen). An zweiter Stelle steht Deutschland mit 338 078 Tonnen = 6,55 Proz. (1924: 403 000 Tonnen, 1923: 27 852 Tonnen) und mit Reparationskohlenlieferungen in Höhe von 901 086 Tonnen = 17,45 Proz. (1924: 1 454 247 Tonnen, 1923: 950 628 Tonnen). Weiterhin sind als Hauptlieferanten zu nennen Amerika mit 223 403 Tonnen (1924: 219 469 Tonnen, 1923: 162 290 Tonnen) und Frankreich mit 108 733 Tonnen (1924: 118 484 Tonnen, 1923: 205 304 Tonnen). Ferner waren an den Lieferungen mit geringeren Mengen beteiligt: Belgien, Jugoslawien, Polen und die Schweiz.

## Durste Kossjenskow heiraten?

Von Max Barthele

Auch Hestmut folgte dem berühmten Zug der Zeit und schloß sich einer Gesellschaft guter Genossen an, die Rußland bereisten. Das war schon vor einigen Jahren gewesen, aber noch heute gibt Hestmut sehr gern von jener Reise kleine absonderliche Geschichten zum besten.

Wir sahen wieder einmal zusammen. Hestmut hatte das Wort. Wir ließen ihm das Wort und drängten seinen Redefrom gelinde in die uns angenehme Richtung. Vor einigen Tagen waren deutsche Kameraden aus Rußland zurückgekommen, des Lobes voll und einige mit großen Zweifeln also: das Thema unseres Gespräches war Moskau, und Hestmut erzählte davon. Endlich machte er Schluß mit den politischen Berichten und setzte sein uns wohlbekanntes Gesicht auf, in dem sich Heiterkeit und Schwermut so schön mischten und sagte:

„Die Leute haben recht, wenn sie begeistert sind, sie kamen ja aus der täglichen Arbeit und erlebten da drüben einen einzigen Feiertag. In ihrem Lande sind sie Unterdrückte, da drüben aber Unjubele. Sie sehen Fremdes und Unbekanntes, Sonderbares und eine märchenhafte Oberfläche: Asien und Europa. Ja, sie sehen nur. Sonst aber sind sie taub. Sie hören nicht die Sprache des Volkes. Hören nur das ihnen Zugedachte. Sind auch stumm, denn ihre Worte und Reden klingen am Ohr des Volkes unberstanden vorbei. Wenn sie trotzdem begeistert sind, so sind sie's einfach aus Klasseninstinkt heraus. Sie stellen sich auf die Seite der Revolution. Ich war ja auch maßlos begeistert. Es war ein einziger Triumphzug, als wir durch die Ukraine fuhren...“

„Von dieser Fahrt müssen Sie erzählen,“ sagte Beate, ein junges Mädchen, das unserm Kreise nahe stand.

„Hab' ja schon viel von dieser Reise erzählt,“ antwortete Hestmut. „Aber jetzt steigt vor mir ein Sommertag auf, schön und heiß wie die Sonne. Es war im Süden der Ukraine,“ fuhr er fort. „Der große Bandit Machno wollte uns fangen. Riß mit seiner Garde Eisenbahnschienen auf. Einmal sprengten sie eine Brücke. Wir fuhren aber sicher. Vor uns dampfte ein Panzerzug die Strecke ab. Auch hinter uns fuhr ein Panzerzug. So umpanzert und geschützt kamen wir nach Mirgorod.“

„Mirgorod?“ fiel Beate lebhaft ein und zeigte ihre literarische Belesenheit. „Ist das nicht die Stadt, in der Gogol geboren wurde?“

„So ist es,“ sagte Hestmut. „An einem heißen Sommertag kamen wir nach der Stadt. Das ganze Land duftete nach Blumen und Brot. Den Bahnhof umwimmelten rote Soldaten, die an die Front in den Krieg gegen die Polen zogen. Erst vor einigen Wochen war Kiew zurückerobert... Es gab an diesem Tag keinen größeren Kontrast als den strahlenden Himmel und die vielen Soldaten, die von den Schatten eines jähen Todes gestreift wurden... Stellt euch vor: eine kleine Station, schon ganz südlich. Vor dem Bahngelände schimmert das Denkmal des Dichters Gogol. Unweit davon kühlte ein kleiner Garten mit hohen Bäumen. Und dort in diesem Garten lag ein Soldat, der nicht mit in den Krieg ziehen wollte. Er war tot.“

Da lag nun der junge Mensch, der Iwan oder Wladimir, auf einer Bank. Das heiße Blut rieselte in dünnen Strömen über das wachsbliche Gesicht. Eine Handgranate hatte, als sie sich selbst entzündete, sein Licht ausgelöscht. Der junge Mensch war sofort tot. Er war nicht verblümt. Nein... Ich sehe ihn vor mir liegen,“ sagte Hestmut langsam und schloß die Augen. „Sein Mund ist dünn und rosafarben. Die Stirn schimmert. Die Augen sind zu. Haare wehen im Wind, der durch den Garten streicht. Die Kameraden haben den Toten gewaschen. Die Uniform triefte von Wasser... Wasser vermischt sich mit Blut und Erde... Das Leben geht weiter. Auf einer andern Bank wird ein Hammel geschlachtet. Tierblut mischt sich mit Menschenblut und düngt den Staub... Und noch drei Schritte, dann steht du im Sommerlicht. Drei Schritte vom toten Tier und vom toten Menschen lebt das schön erhaltene Leben. Bauernweiber verkaufen Sonnenblumenkerne, Eier, Tomaten, Melonen, Milch. Und das alles, der tote Mensch, das tote Tier, die lebendigen Menschen, die grünen hohen in sich versunkenen Bäume, der goldene Atem der Steppe: und in all das leuchtet das Denkmal des Dichters Gogol.“

„Das ist schön und traurig zu gleicher Zeit,“ rief das Mädchen Beate, ich sehe auch das weihingelängende Band... Hier bei uns ist alles so wohlgeordnet, so nüchtern, so organisiert, so anständig! Wenn es doch wenigstens richtiggehende Räuber gäbe!“

„Richtige Räuber gibt es schon,“ sagte darauf der Herr Lamprecht. „Aber wir sind ja ein Volk mit hoher Kultur. Da gehen auch die Banditen und Schafte mit der Zeit. Viele von ihnen tragen Frack und Binde. Manche haben eigene Autos und gehören zu den berühmten Stützen der Gesellschaft!“

„Ach,“ seufzte Beate Hestmut an. „Sie haben ja so viel erlebt, so schöne Dinge, so sonderbare Dinge...“

„Ja, so sonderbare Dinge,“ sagte darauf Hestmut. „Ein abseitiges Erlebnis will ich euch berichten,“ fuhr er fort und wandte sich an das Mädchen. „Denken Sie sich eine kleine Stadt bei Kiew. In diese kleine Stadt schlug Lärm der Welt. Krieg mit Polen. Das wissen wir ja schon. Grischka Tschajew war Vorsitzender der Partei. Auch er mußte an die Front. Sein Stellvertreter hieß Kossjenskow. Der blieb zurück in der Stadt. In der Zeit, als Grischka kämpfte, verliebte sich Kossjenskow in ein Bürgermädchen. Sie hieß Rina. In drei Wochen hatten sie sich geheiratet. Die Hochzeit war ukrainisch, dünn und wild. In derselben Nacht, in der Kossjenskow bei seiner Rina lag, wurde Grischka vor Warschau verwundet. Nach drei Wochen kam er in seine Stadt zurück. Da sah er, daß in derselben Zeit und in derselben Nacht, als ihn die Kugel traf, sein Genosse ein bürgerliches Mädchen geheiratet hatte! Ein Mädchen aus derselben Klasse, die er, Grischka, mit der Waffe in der Hand, bis aufs Blut bekämpfte. Das konnte er nicht verstehen. Nein. Vor Warschau fielen die Genossen und Kossjenskow heiratet, freut sich und mischt sein proletarisches Blut mit der Oberflächlichkeit einer bürgerlichen Frau...“

„Über konnte denn Rina dafür, daß sie ein Bürgermädchen war?“ unterbrach Beate den Erzähler. „Bestand denn nicht die Hoffnung, daß sie sich mit der Liebe auch die Weltanschauung ihres Mannes erobern konnte?“

„Weiß nicht,“ sagte Hestmut feindselig. „Hab' nicht darüber nachgedacht. Nur das weiß ich, daß ich damals für Grischka und gegen Kossjenskow war... Und nun kommt der Schluß: Tschajew beauftragte, den Kossjenskow aus der Partei auszuschließen, weil er mitten im Bürgerkrieg die Grundzüge seiner Klasse verraten und ein Bürgermädchen geheiratet hatte...“

„Als ob es eine rote und eine weiße Liebe geben könnte!“ rief Beate eifrig aus, „als ob die Liebe nicht klassenlos sei, überstaatlich, Russt des Herzens, Stimme des Blutes!“



„Ja und denken Sie sich,“ wandte sich Hestmut weiter ungerührt an das Mädchen und hatte uns ganz vergessen. „Nach vielen Sitzungen wurde auch beschloffen, den Kossjenskow aus der Partei auszuschließen, weil er mitten im Bürgerkrieg die Grundzüge seiner Klasse verraten und ein Bürgermädchen geheiratet hatte...“

„Weil er geliebt hat, als die andern haßten und kämpften?“ griff das Mädchen an und hatte ein ganz weißes Gesicht. Wir hörten ihr Herz schlagen.

Hestmut fand darauf keine Antwort. Er zuckte hilflos mit der Schulter und war ärgerlich über sich selbst. Dann sah er das Mädchen Beate an. Wir beobachteten mit großem Vergnügen, wie sich sein Gesicht jüngerhaft rötete, wie das Blut in die Stirn schoß und auf Beate überprang.

„Das ist eine echt russische Geschichte,“ sagte bedächtig der Herr Lamprecht und rettete die Situation. „Sie ist russisch und einmalig. Wer sie in einem andern Lande wiederholen will, verfälscht und entwertet sie...“

Der Genosse Lobe zog aus dieser Schlussfolgerung noch allerlei politische Wurzel, wir ließen ihn gelassen roden und lobten am Ende den tapferen Hahnhader. Noch lange saßen wir zusammen und besprachen die Frage: Durste Kossjenskow mitten im Bürgerkrieg ein bürgerliches Mädchen heiraten?

## Afrikas begrabene Städte.

In der Kalahari-Wüste, die zwischen dem Orange- und Zambesi-Fluß liegt, hat Professor Schwarz, wie bereits berichtet wurde, neue Städte und Völker entdeckt. Diese überraschende Mitteilung erklärt sich dadurch, daß diese Wüste früher ein fruchtbares Land war, das gewaltige Seen enthielt. Heute ist es eine sandige Einöde, auf der in den trockenen Monaten des Jahres ein Oberflächenwasser vorhanden ist, und der Sand hat die einstigen Städte, die hier blühten, begraben. In der mittleren Kalahari-Wüste sind zwei ausgedehnte Senkungen, die nach den Seen, die sie einst ausfüllten, Ngami und Ratarikari genannt werden. Diese Seen zogen sich einst über Tausende von Kilometern hin und standen mit dem Botletle-Fluß in Verbindung; sie wurden auch mit Wasser von dem Otawango-, Amado- und Zambesi-Fluß gespeist. Man vermutet, daß dies gewaltige Inlandsmeer seine Ufer sprengte und seine Wasser über die Viktoriasfälle ergoß. Livingstone, der 1850 Ngami entdeckte, war auch der erste, der das Vorhandensein früherer großer Seen feststellte. Noch bei seinem Eintreffen war der Ngami über einige Quadratkilometer hin mit Wasser gefüllt. Heute ist er eine trockene Fläche, und ebenso ist der Ratarikari, in dem einst große Mengen von Flussperlen und Krokodillen lebten, seit vielen Jahren trocken. Wenn man diese weiten Gebiete durchstreift, so kann man noch die Spuren von großen Seen und zahlreiche parallel laufende alte Flußläufe erkennen. Die Kalahari-Wüste trocknet immer mehr ein und geht dem Schicksal einer zweiten Sahara entgegen. Da durch diese Austrocknung die benachbarten Länder Südafrikas in Mitleidenschaft gezogen werden, so schlägt Schwarz vor, zwei der Flüsse, die früher die großen Seen mit Wasser versorgten, durch Staudämme wieder in die alten Bahnen zu leiten und dem Lande Fruchtbarkeit zuzuführen.

In den Zeiten reicher Bewässerung haben hier natürlich Ansiedlungen bestanden, und ganze Städte sind heute unter dem Sand und Gestrüpp begraben, die das Land bedecken. Gewaltige steinerne Ruinen sind in Mozambique und Südrhodesien gefunden worden, und man vermutet, daß es sich hier um Wohnstätten arabischer Stämme aus früherer Zeit oder vielleicht sogar von Phöniziern handelt, die hier nach dem Goldland Ophir suchten. Sie sind dann wohl auch nach der Kalahari vorgezogen, und vielleicht gehen einzelne der neu entdeckten Städte auf sie zurück. Wahrscheinlicher aber ist es, daß es sich um Dörfer von Stämmen handelt, die durch die Trockenheit vertrieben oder durch Fehden ausgerottet

wurden. Die Bevölkerung der Kalahari hat sehr abgenommen; sie betrug aber noch im Jahre 1921, wie in dem „Geographical Journal“ ausgeführt wird, 17 000 Seelen, und in Ngamiland allein gab es noch gegen 150 000 Stück Vieh. Die Bevölkerung besteht hauptsächlich in einem Sklavestamm, den Matubas, die von den Batwana beherrscht werden. Es sind Bantuneger. Nördlich von Ngamiland lebt ein anderer Bantustamm, die Rambufulu, deren Häuptling für einen großen Regenmacher gilt. Man sagt, daß er einen geheimnisvollen „Topf zum Regenmachen“ besitze und für seine „Rebizin“ Kinderblut verwende.

## Vom deutschen Geist.

Von Henri Barbusse.

Seit jenen schon fernem Jahren, als ich Student der Philosophie war, habe ich niemals aufgehört, Kant als das moderne Fundament unseres Denkens zu betrachten. Kant scheint mir in das Gebiet der Erkenntnis eine solche Wiedergeburt gebracht zu haben, daß die ganze zeitgenössische Philosophie von diesem Gedankenkreis nicht abweichen kann und daß sie sich in ihrem produktiven Teil darauf beschränkt, die großen festgelegten Richtlinien der kantischen Philosophie zu ergründen, zu erklären oder einfach zu wiederholen.

Durch die Pracht des großen Vorbildes eines Goethe angezogen, habe ich in meiner bescheidenen Sphäre versucht, die mehr und mehr beschränkten formalistischen Grenzen des Romans zu erweitern.

Das ist der individuelle deutsche Geist, der mich beherrscht. Und nun kann ich nicht unterlassen, hinzuzufügen, wie sehr ich jenen universellen Geist bewundere und liebe, der die Massen des deutschen Volkes befeuert, mit denen ich öfters die Freude hatte, in Verbindung zu kommen. Obgleich die gegenwärtigen Umstände die schöpferische und erneuernde Macht des Proletariats im Augenblick aufheben, denke ich, daß es im deutschen Volke tiefe Hülsenquellen gibt, dank seinem Willen, seiner Zähigkeit, und daß dieser Geist die Disziplin, welcher augenblicklich den Sieg eines Gedankens verweigert, ihn eines Tages um so harmonischer und beständiger machen wird.

Aber, es bedrückt mich fast, vom deutschen Geist zu sprechen, zu einer Zeit der großen Sache organisierter Brüderlichkeit, der ich mich gewidmet habe. Seit so langer Zeit habe ich die Gewohnheit angenommen, die großen Proletariate der anderen Länder nicht mehr als Fremde zu betrachten. Und wenn ich mich unter einem von ihnen befände, würde ich nicht verstehen, wenn man mir sagte, daß diese Menschen und ich nicht dasselbe Vaterland haben.

Mit Genehmigung des Groß-Rewohl-Berlages der neuen Wochenzeitung „Die literarische Welt“ entnommen.

Die größte Meerestiefe. Seit einem halben Jahrhundert glaubt man immer wieder, die größte Meerestiefe gefunden zu haben und jedesmal stellt es sich als ein Irrtum heraus. Die 1874 gefundene „Tuscarora-Tiefe“ bei den Kurilen galt mit ihren 3513 Metern lange als die tiefste der Welt. Erst 1895 wurden bei den Kermadec-Inseln nördlich von Neuseeland gleich zwei verschiedene, ziemlich weit voneinander liegende Tiefen von 9412 und 9427 Metern entdeckt. 1899 stieß das amerikanische Vermessungsschiff „Albatross“ bei Auspostungen für die Verlegung des Pazifik-Kabels bei der Marianen-Insel Guam auf die sogenannte Kero-Tiefe von 9633 Metern, die 13 Jahre lang den Tiefenrekord behauptete; 1912 wurde in den Gewässern der Philippinen eine noch höhere Tiefe von 9780 Metern gefunden, die wiederum 13 Jahre den Rekord hielt. Nunmehr aber ist, wie Dr. Hennig in der „Leipziger Illustrierten Zeitung“ mitteilt, von dem japanischen Kriegsschiff „Mandjoe“ nur 99 Kilometer von der japanischen Küste entfernt eine neue größte Meerestiefe entdeckt worden. Noch bei 9800 Metern konnte man keinen Grund bekommen, und die Lotung mußte abgebrochen werden, da man fast längere Senkbleine hatte.

